



31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden

Gremium: Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
Sitzungstermin: Dienstag, 10.01.2012, 16:30 Uhr
Ort, Raum: Raum 3.074, Stadthaus, Friedrich - Ebert - Str. 79/81

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.12.2011 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Kenntnisnahme der Schreiben zu den abschließend behandelten Eingaben

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung - Haushalt 2012 -
 - 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012
11/SVV/0906
Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

 - 4.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013
11/SVV/0907
Oberbürgermeister,
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

 - 4.3 Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015
11/SVV/0948
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen
alle Ortsbeiräte

 - 4.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012
11/SVV/0949
Oberbürgermeister, KIS
alle Ortsbeiräte

- 5 Eingabe 35/11 - Email Verkehr mit der Stadtverwaltung (Wiedervorlage)
- 6 Eingabe 39/11 - Straßenreinigungsgebührenbescheid (Wiedervorlage)
- 7 Eingabe 40/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft: Obdachlose (Wiedervorlage)
- 8 Eingabe 44/11 - Vorwürfe der RBB-Sendung "Klartext" betrifft: Verkehrstote (Wiedervorlage)
- 9 Eingabe 48/11 - Nachfrage zum Lärmaktionsplan (Wiedervorlage)
- 10 Eingabe 50/11 - Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am Mobilitätsticket bis 2020 (Wiedervorlage)
- 11 Eingabe 51/11 - Verein Chill out e.V.
- 12 Eingabe 52/11 - Jugendclub im Bornstedter Feld
- 13 Eingabe 53/11 - Wahl eines Hortbetreibers für die neue Grundschule im Bornstedter Feld
- 14 Eingabe 54/11 - Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten
- 15 Eingabe 55/11 - Mietvertrag mit dem Studentenwerk Potsdam

Nicht öffentlicher Teil

- 16 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 06.12.2011
- 17 Akteneinsicht in Verwaltungsvorgänge im Landschaftsschutzgebiet am Groß Glienicker Seeufer (Wiedervorlage)



Betreff:

öffentlich

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2012 mit Haushaltsplan und Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

gemäß Anlage

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4



Betreff:

öffentlich

Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2013

Einreicher: GB Zentrale Steuerung und Service	Erstellungsdatum	17.11.2011
	Eingang 902:	18.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Ergebnisplanung sind Grundlage für die Haushaltsplanung der Landeshauptstadt Potsdam für den Haushaltsentwurf 2013. Bei der Aufstellung des Ergebnishaushaltes für das Haushaltsjahr 2013 sind die beigefügten Budgetvorgaben für die Geschäftsbereiche zu Grunde zu legen (Anlage 1).
- Die mit dem Haushaltsplan 2012 zugleich für das Haushaltsjahr 2013 bis 2015 vorgelegten Planwerte der mittelfristigen Investitionsplanung sind Grundlage für die Investitionsplanung 2013.
- Zur notwendigen Absicherung pflichtiger Leistungen können Umschichtungen zwischen den Budgets vorgenommen werden.
- Etwaige Veränderungen bei nichtzahlungswirksamen Erträgen und Aufwendungen gegenüber dem Planungsstand dieses Eckwertebeschlusses ermächtigen nicht zur Planung zusätzlicher zahlungswirksamer Erträge und Aufwendungen.

Fortsetzung Seite 3
Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Bei Einhaltung der vorgeschlagenen Eckwerte für das Haushaltsjahr 2013 beträgt der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt 2013 höchstens – ... €. Dieser Wert entspricht der im Rahmen der Haushaltsplanung für 2012 erfolgten mittelfristigen Ergebnisplanung für 2013.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Fortsetzung:

1. Zur Aufrechterhaltung eines möglichst breiten kommunalen Leistungsangebotes sind Ertragsmöglichkeiten in angemessener Weise auszuschöpfen (z. B. durch das Erreichen adäquater Kostendeckungsgrade).
2. Dem beschlossenen Haushaltssicherungskonzept ist zu folgen.



Betreff:

öffentlich

Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Einreicher: SB Finanzen und Berichtswesen

Erstellungsdatum 24.11.2011

Eingang 902: 23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015 als Bestandteil des Haushaltsplanes 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

siehe Anlage

Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

Inhaltsverzeichnis

1. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	2
1.1 Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	2
1.2 Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen der LHP	3
2. Maßnahmen vorangegangener Haushaltssicherungskonzepte	5
3. Das Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014	6
3.1 Gesetzliche Grundlagen	6
3.2 Rahmenbedingungen	6
3.3 HSK 2010 und Auflagen der Genehmigung	7
3.4 Sparvorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2011	7
3.5 Fortgeschriebene und neue Maßnahmen	7
4. Konsolidierungsziel	8
5. Beschreibung der Konsolidierungsmaßnahmen	9
5.1 Geschäftsbereich 1	9
5.2 Geschäftsbereich 2	11
5.3 Geschäftsbereich 3	12
5.4 Geschäftsbereich 4	14
Anlage HSK-Tabellen	

1. Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.1 Allgemeine finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Es gibt positive Signale bezüglich der Finanzlage der Kommunen in der Bundesrepublik. Diese reichen jedoch bei Weitem nicht aus, um insgesamt Entwarnung geben zu können. Die Entwicklung der Kassenkreditbestände ist alarmierend. Für 2011 wird mit einem erneuten Anstieg um 5,5 Mrd. EUR auf 40,5 Mrd. EUR gerechnet.

Der vom Deutschen Städtetag für die Kommunen der Bundesrepublik Deutschland für 2010 prognostizierte Finanzierungssaldo fiel geringer aus und erreichte „nur“ 7,72 Mrd. EUR. In 2011 wird das Defizit gegenüber dem Vorjahr mit ca. 5 Mrd. EUR zwar ebenfalls geringer ausfallen, ist aber immer noch inakzeptabel.¹

Der aktuelle Gemeindefinanzbericht weist für die Kommunen höhere Zuwächse in den Einnahmen als bei den Ausgaben aus, so dass mit einer Senkung des Defizits gerechnet wird. Der prognostizierte Einnahmezuwachs ist im Allgemeinen besonders von Steigerungen bei der Gewerbesteuer und den Zuweisungen der Länder geprägt. Wie bereits in den Vorjahren sind die Zuwächse auf der Ausgabenseite insbesondere von den Sozialausgaben verursacht. Der Deutsche Städtetag rechnet mit einem Anstieg um 6 % auf 44,7 Mrd. EUR. Die Übernahme der Kosten für Grundsicherung durch den Bund wird hier zu einer gewissen eingeschränkten Entlastung führen.

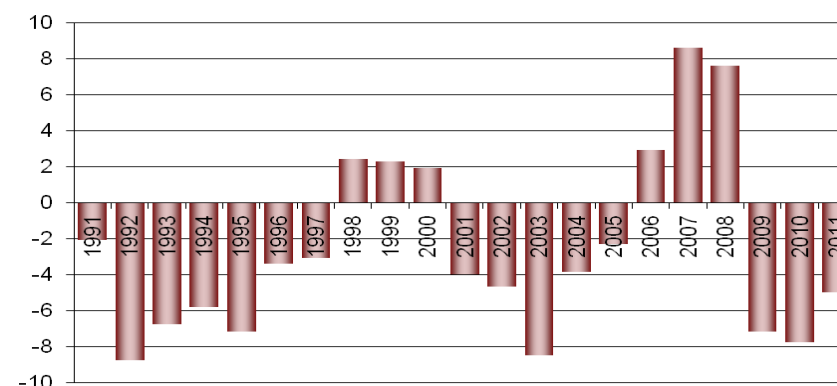
Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht nach seiner letzten Steuerschätzung vom November 2011 davon aus, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2011 leicht unterhalb des Niveaus von 2008 – dem letzten „guten“ Jahr - liegen werden. Für diese Gebietskörperschaftsebene wird für die Jahre 2012 bis 2016 eine Steigerungsrate von 4,9 % bis 3,8 % unterstellt. Anerkannt wird, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden derzeit noch etwas stärker von der Finanzkrise beeinflusst sind als auf Bundes- und Landesebene.

In mehreren Gutachten unabhängiger Sachverständiger in verschiedenen Bundesländern wurde eine strukturelle Unterfinanzierung insbesondere der

¹ der städtetag Gemeindefinanzbericht 5/2011, Seite 6

kreisfreien Städte festgestellt. Hier ist an die besondere Verantwortung der Länder und des Bundes für eine aufgabengerechte und auskömmliche Finanzausstattung gerade auch der Oberzentren zu appellieren. Die in einigen Bundesländern unterschiedlich konzipierten Entschuldungsfonds sind eine erste Hilfestellung für überschuldete Kommunen. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass die Faktoren, die zum Anstieg der Defizite geführt haben, dauerhaft und nachhaltig korrigiert werden müssen.

Abb 1 Entwicklung der kommunalen Finanzierungssalden in Mrd. EUR seit 1991.



Quelle: der städtetag, Gemeindefinanzberichte 1991 - 2011

Der Entwurf des brandenburgischen Landeshaushalts 2012² sieht eine Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs auf Grund der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen vor. Auf Grund der November-Steuerschätzung sollen die Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs an den Mehreinnahmen des Landes zusätzlich partizipieren.³ Für den Zeitraum bis 2015 sieht die Finanzplanung des Landes Brandenburg eine in etwa gleich bleibende Finanzausgleichsmasse vor. Als problematisch muss hierbei aber die Entwicklung der investiven Schlüsselzuweisungen benannt werden. Die bis 2019 auf null absinkenden SoBEZ-Mittel führen aufgrund der derzeitigen Regelung im Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) dazu, dass der Anteil der investiven an

² DS 5/3650 vom 14.07.2011

³ Pressemitteilung 109/2011 Ministerium der Finanzen vom 8.11.2011,

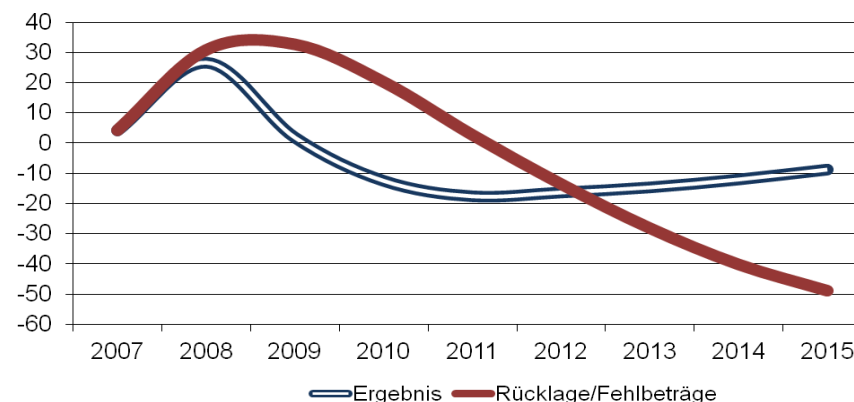
den allgemeinen Schlüsselzuweisungen auf unter 10 Prozent absinken wird. Damit wird die Fähigkeit der Gemeinden zu investieren erheblich eingeschränkt bzw. teilweise unmöglich gemacht. Hier zeigt sich dringender Reformbedarf.

1.2 Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen der LHP

Für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) hat sich das allgemeine Hoch der kommunalen Finanzen vor der Weltwirtschaftskrise auch auf die Jahresabschlüsse 2007 und 2008 ausgewirkt. Der erste doppische Jahresabschluss konnte für 2007 mit einem Überschuss von 4,2 Mio. EUR vorgelegt werden. Der Jahresabschluss 2008 weist einen Überschuss von 26,5 Mio. EUR aus. Für 2009 und 2010 zeichnet sich weiterhin ab, dass die geplanten Fehlbeträge nicht bzw. nicht in voller Höhe ausgewiesen werden müssen. So wird damit gerechnet, dass im Jahr 2009 – unter anderem auf Grund der positiven Entwicklung der Erträge aus der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer - ein Überschuss von ca. 1,8 Mio. EUR ausgewiesen werden kann. Die Prognose für 2010 geht von einer deutlichen Verminderung des geplanten Fehlbetrages aus; hier wird ein Defizit von 12,4 Mio. EUR prognostiziert. Beide Abschlüsse würden damit deutlich besser als die jeweilige Planung ausfallen. Auch für 2011 kann trotz sinkender Gewerbesteuererträge damit gerechnet werden, dass das Defizit leicht unter dem geplanten Wert liegen wird. Mit der aus diesen Entwicklungen gebildeten Rücklage wird es möglich sein, den prognostizierten Fehlbetrag für 2010 und den voraussichtlichen Fehlbetrag in 2011 auszugleichen. (Abb. 2)

Die zu erwartenden Ergebnisse dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung immer noch mit einem aufgelaufenen Fehlbetrag von rund 48,8 Mio. EUR bis 2015 gerechnet werden muss, der sich bei einer schlechteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch vergrößern würde.

Abb. 2 Entwicklung der Jahresergebnisse und der Rücklage/Fehlbeträge in Mio. EUR

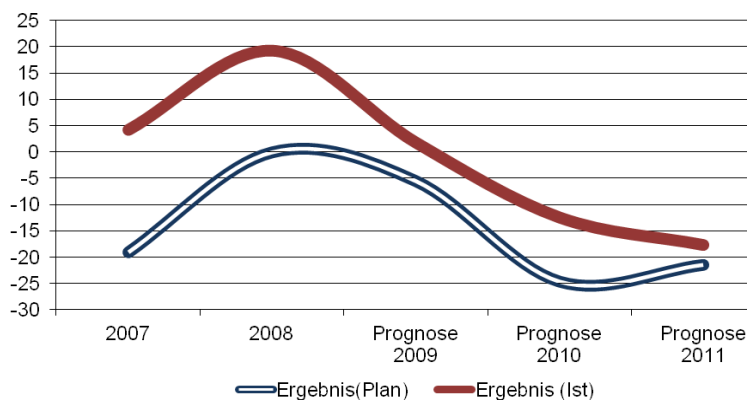


1.3 Entwicklung des doppischen Haushalts der LHP

Insgesamt kann festgestellt werden, dass es mit dem HH 2011 gelingen wird, das bisherige Delta zwischen Haushaltsplanung und Jahresabschluss auf einen vertretbaren Wert zu reduzieren. Auch auf Grund der nun mehrjährigen Erfahrungen mit der Doppik, der stetig valideren Datenbasis und eines optimierteren Controllings ist es gelungen, die Planung näher an die Realität zu bringen. (Abb.3)

Trotz aller Konsolidierungsbemühungen steigen ab 2009 die Aufwendungen stärker als die Erträge. Ab 2012 fällt die Erhöhung sowohl bei den Aufwendungen als auch bei den Erträgen allerdings moderater aus. Die Ertragssteigerung wird dann zwischen 1 und 0,2 % über der Aufwandssteigerung liegen, so dass in der mittelfristigen Finanzplanung eine Reduzierung der Fehlbedarfe abgebildet werden kann.

Abb.3 Gesamtergebnis 2007 – 2011 (Plan-Ist-Abweichung) in Mio. EUR



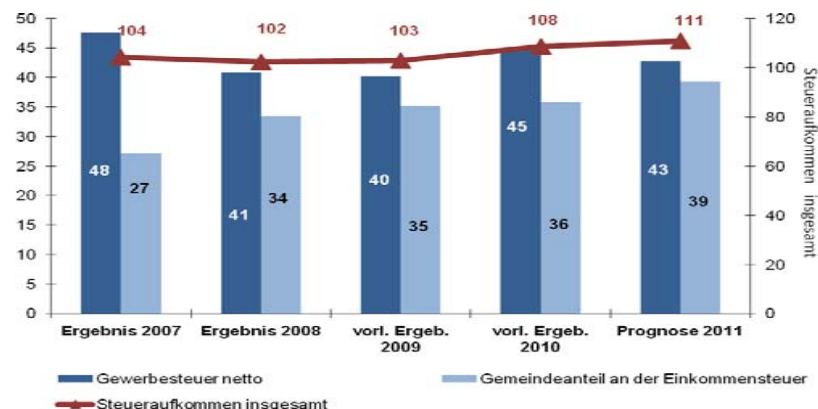
Wesentliche Ertragsquellen für die LHP sind die allgemeinen Schlüsselzuweisungen und die Gemeindesteuern. Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen verläuft ab 2012 im Ergebnishaushalt insgesamt deutlich positiv. Hier ist auf Grund der Erhöhung der Verbundmasse auf der Basis der Orientierungsdaten des Landes mit einer Erhöhung gegenüber 2011 um 11,8 Mio. EUR zu rechnen. Dies geht jedoch ganz und gar nicht einher mit den investiven Schlüsselzuweisungen. Diese sinken auf ein Rekordtief von 14,2 Mio. EUR. Der Anteil der investiven Schlüsselzuweisungen in der Verbundmasse wird auf Grund der Regelungen im BbgFAG wegen der Absenkung der SoBEZ-Mittel von 229 Mio. EUR in 2012 auf 159 Mio. EUR in 2015 abnehmen. Für die LHP würde das bedeuten, dass sich die Eigenmittel⁴ zur Finanzierung von Investitionen halbieren (!), nämlich von 22,4 Mio. EUR in 2011 auf 11 Mio. EUR in 2015.

In den Jahren 2009 und 2010 haben sich die Erträge aus der Gewerbesteuer und des Gemeindeanteils der Einkommensteuer der LHP entgegen dem prognostizierten Einbruch weiter prosperierend entwickelt. Weder die unmittelbaren Folgen des Unternehmenssteuergesetzes mit den darin festgeschriebenen steuerlichen Entlastungen der Unternehmen noch die einsetzende weltwirtschaftliche Rezession auf Grund der Finanzkrise wirkten sich

⁴ Eigenmittel im Investitionshaushalt setzen sich aus den investiven Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und den Erträgen aus Grundstücksverkäufen zusammen.

signifikant auf die Aufkommenshöhe dieser Steuerarten aus. Erst in 2011 ist ein deutlicher Rückgang bei der Gewerbesteuer als zeitversetzte Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise hinzunehmen.

Abb. 4 Steueraufkommen in der LHP in Mio. EUR



Bei der laufenden Verwaltungstätigkeit steht der Steigerung der Erträge von 2011 nach 2012 um ca. 4 % eine Steigerung des Aufwands von nur 3 % gegenüber. Der Erhöhung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 7 % sowie bei den Transferaufwendungen um 8 % stehen um 10 % geringere Abschreibungen gegenüber.

Insbesondere die Aufwendungen zur Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen freier Träger steigen von 2011 nach 2012 um 8 % an. Die Versorgungsquote liegt in 2012 bei insgesamt 71,3 %, darunter bei den 3 – 6 Jährigen bei 95,3 %. Das Phänomen der wachsenden Stadt - Potsdam ist eine stetig wachsende und bundesweit einer der jüngsten Landeshauptstädte - zeigt sich in den auch wieder 2012 zusätzlich zur Verfügung zu stellenden 609 Kindertagesplätzen. Die Sozialtransferaufwendungen der LHP steigen von 2011 nach 2012 um fast 10 % an, wobei die aufgabebezogene Leistungsbeteiligung des Bundes leicht rückläufig ist (-1 %).

Die Aufwendungen für die freiwilligen Leistungen der LHP liegen im vorliegenden Haushaltsentwurf bei 9,49 % der ordentlichen Erträge (ohne ÖPNV). Dies ist eine leichte Steigerung gegenüber 2011. Mit dem vom Land vorgesehenen Wegfall der Hauptstadtförderung über das BbgFAG rechnet die

LHP ab 2012 damit, dass statt der bisher zur Verfügung stehenden 1 Mio. EUR im Ergebnishaushalt zukünftig nur noch 0,5 Mio. EUR zur Verfügung stehen werden.

Die Abhängigkeit der Kommunen von externen Faktoren wie der Bundes- und Landesgesetzgebung bleibt weiterhin deutlich. Die kreisfreien Städte des Landes Brandenburg haben Verfassungsbeschwerde gegen das Kindertagesstättengesetz eingelegt, da die Verfassungskonformität gemäß § 97 III Landesverfassung (Konnexitätsprinzip) bezweifelt wird. Darüber hinaus bleibt das Ergebnis des durch das Ministerium der Finanzen bei Prof. Dr. Junkernheinrich / Prof. Dr. Lenk in Auftrag gegebenen finanzwissenschaftlichen Gutachtens zur Fortschreibung des Kommunalen Finanzausgleichs abzuwarten. Möglicherweise werden danach Veränderungen im BbgFAG vorgenommen, um die Finanzausstattung der kreisfreien Städte zu verbessern. Parallel dazu bereiten die vier kreisfreien Städte eine weitere Verfassungsbeschwerde vor, mit der ihre strukturelle Benachteiligung durch das BbgFAG thematisiert wird.

Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes hat sich u.a. bei der Schülerbeförderung und der Schülerspeisung prinzipiell finanziell entlastend für die LHP ausgewirkt. Bestehende Regelungen in den städtischen Satzungen konnten aufgehoben werden, um zu ermöglichen, dass die Leistungen durch die Anspruchsberechtigten gegenüber dem Bund geltend gemacht werden können.

2. Maßnahmen vorangegangener Haushaltssicherungskonzepte

Seit 1996 wird der Haushalt der LHP mit Haushaltssicherungskonzepten beschlossen. In den ersten Jahren konnten zum Einen Maßnahmen benannt werden, die sich Einnahmen erhöhend ausgewirkt haben, wie z.B.:

- Anpassung der Steuerhebesätze wie z.B. Grund- und Gewerbesteuer;
- Einführung der Zweitwohnungssteuer;
- Anpassung der Gebührensatzungen und Entgeltordnungen von städtischen Einrichtungen, wie z.B. Musikschule, Bibliothek, Potsdam-Museum sowie für Straßenreinigung und Friedhof.

Des Weiteren wurden ausgaben- und zuschussenkende Maßnahmen beschlossen, wie z.B.

- Auflösung der Brandenburgischen Philharmonie Potsdam (BPP);
- Veräußerung der Weißen Flotte und der Steganlagen;
- Stabilisierung der Personalkosten;
- Senkung und Stabilisierung des Zuschusses an den ÖPNV;
- Ausgliederung der Schwimmhallen und Freibäder an die Stadtwerke Potsdam GmbH und deren neu gebildete Tochter Bäderlandschaft Potsdam GmbH;
- Übergabe der Kindertagesstätten in freie Trägerschaft;
- Schließung der Bibliothekszeitung Kirchsteigfeld;
- Zuschussenkung bzw. -deckelung bei den städtischen Kultureinrichtungen bzw. Kultur-GmbH's;
- Auslaufen der Richtlinie Zuschüsse nach Zinssubventionierung;
- Einführung eines zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagements (Eigenbetrieb Kommunalen Immobilien Service – KIS);
- Bündelung von städtischen und stadtbeteiligten Unternehmen, wie z.B. unter der Pro Potsdam GmbH;
- Portfolio- Analyse der städtischen und stadtbeteiligten Unternehmen;

- Entlastung des Investitionshaushaltes durch Gründung des Kommunalen Fuhrpark Service Potsdam GmbH unter dem Dach der Stadtwerke Potsdam GmbH.

Im Laufe der Jahre waren bei vielen Maßnahmen nicht mehr die anfänglichen erheblichen konsolidierenden Wirkungen darzustellen, was auch auf die wiederholt angepassten Basisjahre der Haushaltssicherungskonzepte zurückzuführen ist.

Mit der Umstellung des Haushalts auf die Doppik haben sich durch die bis dahin nicht nachzuweisenden rechnerischen Aufwendungen - wie zum Beispiel Abschreibungen - wiederum Verschiebungen bei den Konsolidierungsmöglichkeiten und deren finanziellen Auswirkungen ergeben.

3. Das Haushaltssicherungskonzept 2012 – 2015

3.1 Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 63 Absatz 4 BbgKVerf und § 26 Absatz 4 KomHKV ist der Haushalt ausgeglichen zu planen und zu bewirtschaften. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen erreicht oder übersteigt, wobei Fehlbeträge aus Vorjahren zu berücksichtigen sind. Kann eine Gemeinde trotz aller Anstrengungen ihrer Pflicht zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nicht nachkommen, ist ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen.

Für die Darstellung des Haushaltsausgleichs sind Mittel der Rücklage aus Überschüssen zu verwenden. (§ 26 Abs. 2 KomHKV)

3.2 Rahmenbedingungen

Unter Berücksichtigung der Rücklagen aus den Überschüssen 2007 und 2008 und nach den Prognosen zu den Abschlüssen 2009 und 2010 konnte ein ausgeglichenes Ergebnis für 2011 ausgewiesen werden. Die LHP war damit nicht in der Pflicht, für 2011 ein genehmigungspflichtiges HSK aufzustellen. Im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2011 – 2014 wurde aber damit gerechnet, dass sich ein kumulierter Fehlbedarf von rund 50 Mio. EUR ergeben wird. Die LHP war und ist daher angehalten, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um die zu erwartende Verschlechterung abwenden zu können.

Im Jahr 2011 wurde für den Zeitraum bis 2014 ein freiwilliges HSK aufgestellt, um die schnellstmögliche Wiedererlangung des notwendigen Ausgleichs des ordentlichen Ergebnisses vorzubereiten und den Haushalt so zu steuern, dass er auch in Zukunft nachhaltig und dauerhaft ausgeglichen werden kann - „künftige dauernde Leistungsfähigkeit“, § 63 Abs. 5 Satz 3 BbgKVerf. Damit soll eine solide Finanzierungsbasis für die kommunale Aufgabenerfüllung gewährleistet werden.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2012 wird für 2012 ein Defizit von 16,2 Mio. EUR ausgewiesen, das sich bis 2015 auf 8,7 Mio. EUR reduziert. Damit

muss mit einem kumulierten Fehlbedarf bis 2015 von 48,8 Mio. EUR gerechnet werden. Die LHP ist somit verpflichtet, ein HSK aufzustellen.

In Abstimmung mit der Kommunalaufsicht ist die Basis für die Berechnung des Konsolidierungsvolumens auf den letzten vorliegenden Jahresabschluss 2008 angepasst worden. Einige bisherige HSK-Maßnahmen werden dadurch nicht mehr darstellbar sein.

3.3 Haushaltskonsolidierung – Beschlüsse und Auflagen

Im Rahmen der Genehmigung des HSK 2010 wurde der LHP die Auflage erteilt, den Haushaltsausgleich bereits 2016 zu erreichen. An diesem Ziel wurde mit dem HSK 2011 und wird mit dem vorliegenden HSK 2012 weiterhin festgehalten.

Der Beschluss der SVV vom 06.04.2011 zum HSK 2011 enthält zusätzlich den Masterplan „Schwarze Null“, mit dem das zeitlich schnellere Erreichen des Konsolidierungsziels angestrebt wurde. Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen der LHP in den kommenden Jahren zeigt aber, dass ein Erreichen des Konsolidierungsziels in 2016 eher als realistisch angesehen werden kann.

3.4 Sparvorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2012

Auch im fünften Jahr der Durchführung des Bürgerhaushaltes wurden wieder Vorschläge zum Defizitausgleich abgefragt. Eine Liste mit allen Sparvorschlägen liegt vor und ist im Internet unter www.potsdam.de/Buergerhaushalt nachlesbar.

3.5 Fortgeschriebene und neue Maßnahmen

Das vorliegende HSK 2012 basiert auf dem HSK 2011 und wurde in seinen wesentlichen Bestandteilen fortgeschrieben. Unter Nr. 5. - Beschreibung der Konsolidierungsmaßnahmen - finden sich neben den Erläuterungen zu den bereits bestehenden HSK-Maßnahmen auch Erläuterungen für die neuen quantifizierbaren Maßnahmen.

Der Bezugszeitpunkt für das vorliegende HSK 2012 – 2012 ist der Jahresabschluss 2008.

Weitere Effekte können von einer künftig verstärkten Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark erwartet werden. Hierzu fand in 2011 ein Gespräch zwischen Herrn Landrat Blasig und dem Herrn Oberbürgermeister Jakobs statt. Darin wurden u.a. folgenden Themen benannt:

- KFZ-Zulassung online
- Zweckverband RPA
- Zusammenarbeit beim ÖPNV
- Zusammenarbeit bei der Müllentsorgung
- Zusammenarbeit Denkmalpflege

An der Prioritätensetzung bei der Bearbeitung von Bebauungsplänen mit fiskalischer Bedeutung wird weiterhin festgehalten. Die fiskalische Wirkung für die LHP ist in den einzelnen B-Planverfahren unterschiedlich. So kann es direkt bei der LHP zu Effekten durch Grundstückserlöse kommen, andererseits aber auch zum Fehlen direkter Auswirkungen auf den städtischen Haushalt oder zu Effekten bei einzelnen Tochterunternehmen.

An den Elementen einer modernen Verwaltungssteuerung, wie dezentrale Ressourcen- und Ergebnisverantwortung, Kosten und Leistungsrechnung und Controlling wird weiterhin festgehalten. Durch organisatorische Maßnahmen werden der Einsatz und die Wirkung der Instrumente optimiert. Zur Begrenzung des Personalkostenanstiegs sollen auch zukünftig u.a. Aufgabenkritik, die Erweiterung elektronischer Bearbeitungsprozesse und die Leistungssteigerung durch Instrumente der Personalentwicklung beitragen. Zur Steigerung der Effizienz der Leistungserstellung greifen zunehmend Methoden der Geschäftsprozessoptimierung, deren Ergebnisse zur mittel- und langfristigen Entlastung des Haushaltes beitragen. Organisationsuntersuchungen werden prinzipiell mit der Optimierung von Leistungsprozessen verbunden. Mit über 70 Fachverfahren besitzt die LHP eine solide Grundlage, um die elektronische Bearbeitung weiter voranzutreiben. In den kommenden Jahren sind die Fachverfahren effizienter in die Leistungserstellung einzubinden und ist das Dokumentenmanagement weiter auszubauen.

Die Bereiche werden zu Möglichkeiten der Vorkasse und Leistungseinstellung bei Zahlungsverzug entsprechend beraten. Das erteilte Testmandat im Bereich der ZPO-Vollstreckung wird evaluiert. Im Ergebnis soll eine Beauftragung privater Dienstleister ab 2012 erfolgen.

4. Konsolidierungsziel

- a) Das Erreichen eines Zieljahres für ein ausgeglichenes doppisches Jahresergebnis durch Umsetzung der nachfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen kann im Finanzplanungszeitraum (2012 – 2015) nicht dargestellt werden. Im Ergebnis der zu erwartenden Entwicklung und entsprechend der Auflage der Kommunalaufsicht wird das Jahr 2016 als Konsolidierungsziel beibehalten.
- b) Es werden folgende einzuhaltende Höchst-Fehlbeträge als Konsolidierungsziel festgesetzt:

	Doppischer Fehlbetrag in Mio. EUR
2009 – maximal	5,5
2010 – maximal	24,7
2011 – maximal	21,6
2012 – maximal	16,2
2013 – maximal	14,6
2014 – maximal	12,0
2015 – maximal	8,7

- c) Derzeit kann noch nicht abgeschätzt werden, wann die auflaufenden Fehlbeträge ausgeglichen werden können.

5. Beschreibung der Konsolidierungsmaßnahmen

5.1 Geschäftsbereich 1

Produkt 11111 **Beteiligungsmanagement**

E01 Entlastungsbeiträge aus verbundenen Unternehmen

In Abhängigkeit von der mittelfristigen Ergebnisplanung der Beteiligungen sowie von anzustrebenden Zielvereinbarungen soll die LHP durch folgende Maßnahmen entlastet werden:

- Optimierung der Ertragslage und der Ergebnisse der Beteiligungen
- Deckelung von Zuschüssen bei zuschussabhängigen Beteiligungen
- Gewinnausschüttung bei nicht zuschussabhängigen Beteiligungen
- Nutzung anderer Entlastungsmöglichkeiten.

A01 Einsparung von 12 Stellen in der Stadtkasse

Durch die Neustrukturierung von Prozessen im Bereich Stadtkasse, qualifiziertere Zuarbeiten aus den Fachbereichen und stärkere Nutzung des Lastschrifteinzuges können mittel- bis langfristig bis zu 12 Stellen eingespart werden. Eine Aufwandsreduzierung von 603.500 EUR p.a. ist im Ergebnis zu erwarten. Um Defizite im Forderungsmanagement abzubauen, ist auf Grundlage der Empfehlung der PWC zunächst eine temporäre Verstärkung des Bereiches um fünf Stellen (teilweise aus dem vorhandenen Stellenpool) für höchstens 2 Jahre erforderlich und bereits erfolgt.

Produkt 11123 **Zentrale Dienste**

A02 Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Brandenburg für zentrale Beschaffung

Der ZDPol bietet als zentrale Beschaffung der Polizeibehörde und anderer Landesbehörden Kommunen seine Dienstleistung für öffentliche Ausschreibungen, Beschaffung und Online-Bestellungen an. In dieser Zusammenarbeit erstellen die Kommunen und die Landesbehörden ihren Bedarf an Beschaffungsgegenständen (von Bürobedarf bis PC), so dass unter diesen Bedingungen die Vergabemengen erhöht werden und ein vorteilhafterer Preis erzielt werden kann. Die Vorteile liegen darin, dass die LHP kaum Ressourcen für Ausschreibungen benötigt und dass der Einkaufspreis infolge des Ausschreibungsvolumens günstiger ist, als wenn die LHP die Beschaffung selbst durchführt. Derzeit wird ein entsprechender Vertrag zwi-

schen der LHP und dem ZDPol erarbeitet sowie die notwendigen Voraussetzungen für die damit verbundenen elektronischen Bearbeitungsprozesse geschaffen. Durch die Zusammenarbeit wird ein Konsolidierungseffekt von ca. 60 bis 100 Tsd. EUR p.a. erwartet.

A03 Aufwendungen für Telefonkommunikation (NEU)

Die LHP hat den Netzanbieter für Telefonkommunikation durch Ausschreibungsverfahren gewechselt. Im Vergabeverfahren orientierte sich die LHP am wirtschaftlichsten Anbieter. Mit dieser Maßnahme wird der Aufwand um 50.000 Euro gesenkt werden.

Kommunaler Immobilien Service (KIS)

A04 Optimierungsprozess zur Reduzierung von Betriebs –und Nebenkosten im KIS / Flächenoptimierung durch das Mieter-Vermieter Prinzip im KIS

Durch einen langfristigen Optimierungsprozess werden die Mieten in der Mittelfristplanung in 2013 und 2014 um jeweils 500 Tsd. EUR gesenkt.

Im Jahr 2012 erfolgt die Prüfung der Kalkulation der Mieten. (NEU)

A05 Grundstandardfestlegungen für Aus- und Umbaumaßnahmen von Schulen

Die Grundstandardfestlegungen wurden vom KIS und dem Fachbereich Schule und Sport im März 2010 erarbeitet und abgestimmt. Sie befinden sich bereits seit diesem Zeitpunkt in der praktischen Anwendung.

Durch die Grundstandardfestlegungen wird erreicht, dass die Ausstattungsqualitäten an den Potsdamer Schulen vereinheitlicht werden und dadurch i.d.R. keine Mehrkosten aufgrund unterschiedlicher Nutzeranforderungen entstehen. Darüber hinaus wird der zeitliche Abstimmungsaufwand gesenkt, wodurch es zu einem effektiven Ressourceneinsatz der Mitarbeiter kommt. Die dadurch nicht erhöhten Investitionskosten spiegeln sich im Ergebnishaushalt in den dadurch ebenfalls nicht gestiegenen Abschreibungen wieder. Eine genaue Quantifizierung ist nicht möglich.

Produkt 6110100 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen

E02 Schlüsselzuweisungen

Die Planung der Schlüsselzuweisungen erfolgt unter Beachtung der Orientierungsdaten des Landes und der Entwicklung der Einwohnerzahlen. Orientierungsdaten liegen lediglich für 2012 vor, die Folgejahre basieren auf internen Berechnungen. Das Gesetzgebungsverfahren zum Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz bleibt abzuwarten. Die Auswirkungen der Evaluation der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen sind nicht abschätzbar. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf die Steuerkraft des Landes sind nicht quantifizierbar. Die vier kreisfreien Städte im Land Brandenburg werden auf nennenswerte strukturelle Veränderungen spätestens mit dem BbgFAG 2013 drängen.

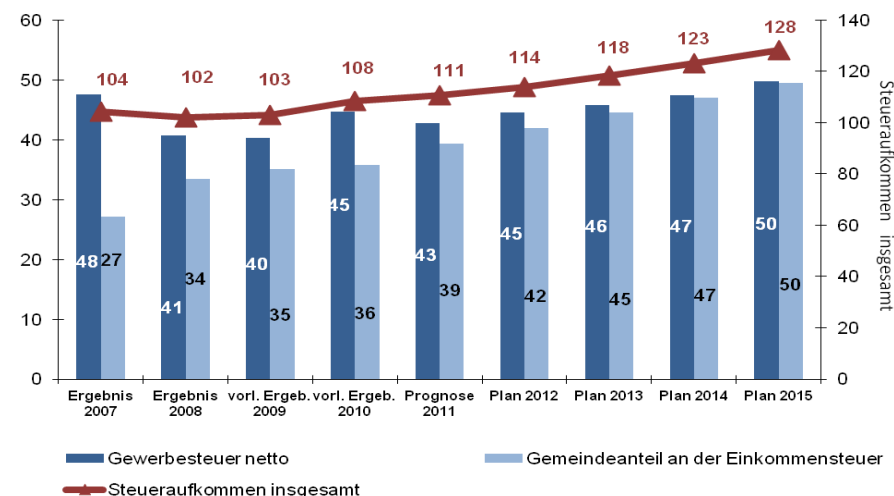
Seit 2001 erhalten Studenten bei Ummeldung ihres Hauptwohnsitzes nach Potsdam ein Begrüßungsgeld in Höhe von 50 EUR pro Semester. Dadurch erhöht sich die für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen nach dem BbgFAG maßgebende Einwohnerzahl (siehe A12 GB3). Erstmals wirkte sich dies für die Schlüsselzuweisungen im Jahr 2003 aus, weil hier die Einwohnerzahl per 31.12.2001 zur Berechnung herangezogen wurde.

Produkt 61102 Steuern

E03 Erhöhung der eigenen Steuerkraft

Die Steuereinnahmen erholen sich gegenüber den durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise in ihrer Entwicklung beeinträchtigten Jahren wieder und werden in ihrem Aufkommen für die künftigen Jahre als stetig steigend prognostiziert. Das Gewerbesteueraufkommen liegt zwar 2012 noch unter dem von 2006/2007 mit fast 52 Mio. EUR (brutto). Es kann aber eingeschätzt werden, dass hier eine positivere Entwicklung auf Grund der konjunkturellen Lage erfolgen wird. Noch übertroffen wird diese Entwicklung bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit prognostizierten fast 6%igen Zuwachsraten für die kommenden Jahre.

Abb. 5 Entwicklung des Steueraufkommens in der LHP bis 2014 in Mio. EUR



Produkt 61200 Finanzvermögens- und Schuldenverwaltung

A06 Reduzierung des Zinsaufwandes für Kommunalkredite

Die veranschlagten Zinsaufwendungen für Kommunalkredite konnten jährlich weiter reduziert werden. Wurden im Basisjahr 2008 noch 4.011.720 Euro für Zinsen aufgewendet, verringerte sich der Betrag auf 3.546.723 Euro im Jahr 2010. Im Rahmen der kontinuierlich vorzunehmenden Umschuldungen der Darlehen bei Auslaufen der Zinsbindungsfristen realisiert die LHP hinsichtlich der Zinsen regelmäßig die bestmögliche Anschlussfinanzierung durch Ausschreibung. Im Jahr 2011 wurden Sondertilgungen bez. kleinerer Kredite im Kreditportfolio vorgenommen, um die Zinslast weiter zu senken. Des Weiteren wurden und werden Forwarddarlehen abgeschlossen, um das niedrige Zinsniveau für künftige Umschuldungen zu nutzen. In den letzten Jahren erfolgten keine Neukreditaufnahmen, erstmals in 2011 wird ein Kredit neu i.H.v. 407.700 EUR aufgenommen.

**Konto 50 Personalaufwand
(ohne 50191, 50192 und 50391)**

A07 Outplacement (Außenvermittlung) aus dem Überhangpool zur Reduzierung der Personalkosten/

Reduzierung unbesetzter Stellen in der Gesamtverwaltung

Durch Personalwirtschaftsoptimierung und Einsatzmanagement konnte bisher im Jahr 2010 eine Entlastung des Personalaufwandes im Unterprodukt Überhangmanagement von ca. 165.000 Euro erfolgen. Es ist anzunehmen, dass es 2011 auch zu Einspareffekten kommen wird.

5.2 Geschäftsbereich 2

Produkt 24100 Schülerbeförderung

A08 Senkung des Aufwandes für Schülerbeförderung (NEU)

Über das Bildungs- und Teilhabepaket werden auch notwendige Schülerfahrtkosten anerkannt (Änderung des SGB II und SGB XII). Die Zweite Satzung zur Änderung der Satzung über Erstattung von Schülerfahrtkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der LHP vom 30. September 2011 entlastet damit den Haushalt der LHP ab 2012 in Höhe von 63 Tsd. EUR.

Produkt 24300 Sonstige schulische Aufgaben

A09 Senkung Aufwand Schülerspeisung (NEU)

Über das Bildungs- und Teilhabepaket werden auch die entstehenden Mehraufwendungen bei der Teilnahme an einer gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung für Schülerinnen und Schüler anerkannt (Änderung des SGB II und SGB XII). Die Aufhebung der Satzung über die anteilige und vollständige Übernahme von Kosten der Schulspeisung in der LHP vom 8. September 2011 führt zu einer Entlastung des Haushaltes der LHP in Höhe von 171 Tsd. EUR ab 2012.

A10 Prozessoptimierung im Produkt „Sonstige schulische Aufgaben“

Das Prüfverfahren zur Kostenermittlung für die Küche Bisamkiez ist noch nicht abgeschlossen.

Produkt 2630000 Musikschule

E04 Steigerung des Gruppenunterrichtes in der Musikschule

Die Musikschule befindet sich seit 2010 in einem Umstrukturierungsprozess mit einer teilweise sich verändernden Aufgabenstellung. Der Vorschlag der PWC bezüglich der Gruppenbildungen ist unter organisatorischen und pädagogischen Maßgaben in Umsetzung. Zum Schuljahresbeginn 2010/2011 wurde der Anteil der Schülerbelegung im Gruppenunterricht auf 11% (bezogen auf die Gesamtschülerzahl) gesteigert. Mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 konnte dieser Anteil auf 13% weiter erhöht werden. Seit dem 01.08.2011 ist eine neue Gebührensatzung für die Musikschule in Kraft, deren Gebührenstruktur dem gesamten Umstrukturierungsprozess Rechnung trägt. Dadurch können die Erträge im HH-Jahr 2011 um ca. 30.000 EUR und in den Folgejahren um ca. 80.000 EUR gegenüber 2010 gesteigert werden. Ungeachtet dessen wird weiterhin an der Optimierung des städtischen Zuschusses gearbeitet.

Produkt 27300 Regionale Weiterbildung

Z01 Potsdamer Bildungsmesse

Seit 2008 wird die Organisation und Durchführung der Potsdamer Bildungsmesse von einer Messeagentur übernommen. Somit konnten bisher durchschnittlich 48.800 EUR an Personalkosten eingespart werden. Die Planung und Durchführung der Bildungsmesse steht unter dem Anspruch der Selbstfinanzierung.

2840301 Kunstwerkstatt Ost

Z02 Entlastung HH durch Übertragung an freien Träger (NEU)

Der Fachbereich Kultur und Museum prüft die Weiterführung der Kunstwerkstatt Ost durch einen freien Träger. Die Kunstwerkstatt Ost ist eine Freizeiteinrichtung des künstlerischen Laienschaffens im Wohngebiet Zentrum Ost für alle Altersgruppen mit den Fachrichtungen Malerei/Grafik, Textilgestaltung, Keramik/Plastik. Kulturpädagogische Tätigkeiten in Kindertagesstätten, Schulen, Horten und Behindertenheimen werden unterstützt sowie der fachlichen Zusammenarbeit mit anderen Freizeiteinrichtungen der Landeshauptstadt Potsdam wird nachgegangen.

Produkt 3671001 Wohnheim OSZ
Produkt 3671002 Wohnheim Förderschule 42/44

Z03 Zuschusssenkung Wohnheim

Die Wohnheime für die Oberstufenzentren und der Schule mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache befinden sich seit Anfang 2008 im Objekt Bisamkiez 107 – 111. Die beiden Produkte werden gemeinsam betrachtet. Diese Maßnahme führt auch in den nächsten Jahren zu einer Zuschusssenkung.

Das Prüfverfahren zur Optimierung des Kostendeckungsgrades im Wohnheim Förderschule 42/44 ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Erste Ergebnisse sind:

- die Anpassung der Kapazität entsprechend dem tatsächlichen Bedarf von 72 auf 56 Wohnheimplätze;
- der dementsprechende Personalabbau unter Beachtung des Erzieher schlüssels. Durch die Regelungen zur ATZ und Rentenbeginn entfallen Personalkosten für das pädagogische Personal ab 2012 i.H.v. 91.200 EUR sowie ab 2014 i.H.v. 89.700 EUR.
- die Anpassung der Mieten und Betriebskosten an die tatsächlich genutzte Fläche. Hierdurch reduzieren sich die Miet- und Betriebskosten ab dem Jahr 2012 um ca. 78.100 EUR.

Gemäß BbgKAG wird eine Gebührenkalkulation auf der Grundlage der KLR 2010 durchgeführt. Das Prüfverfahren zur Anpassung der Benutzungsgewehren wird in 2012 abgeschlossen.

Produkt 42100 Förderung des Sports
E05 Beitrag des Sportbundes zur Ertragserhöhung

Der Beitrag des Stadt sportbundes ist abhängig von der Zahl der Mitglieder und der Anzahl der Kinder- und Jugendlichen in den Sportvereinen. Als Ertrag ist ab 2012 ein Beitrag von 32.000 EUR veranschlagt.

Produkt 42420 Sportareal Luftschiffhafen
Z04 Zuschusssenkung Sportareal Luftschiffhafen

Mit dem Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der LHP und der Luftschiffhafen Potsdam GmbH ist die Grundlage für

- die Sicherung des Sportbetriebes und der Sportqualität,
- ein Personal, Liegenschafts- und kaufmännisches Management,
- ein Standortmanagement und Marketing sowie
- wirtschaftliches und kostensenkendes Handeln

geschaffen worden. Die Einhaltung der HSK-Vorgaben ist im Vertrag geregelt.

Einsparungen sind im operativen Betrieb über die Luftschiffhafen Potsdam GmbH sowie durch Aufstellung eines Personenbedarfskonzeptes unter Einbeziehung möglicher Synergien und Aufgabenbündelungen im Konzern Stadt möglich. Die mittel- bis langfristige Erhöhung des Kostendeckungsgrades und die Umsetzung der Hinweise aus dem DOMUS-Gutachten zur Erhöhung der Einnahmen sind notwendig. Zurzeit werden die notwendigen investiven Maßnahmen umgesetzt, die in der Folge die Voraussetzungen für die Umsetzung der im DOMUS-Gutachten aufgezeigten Hinweise zur Optimierung bilden. Damit einher gehen aber auch erhöhte Abschreibungen, die den Zuschussbedarf wieder erhöhen. Für die Betriebsführung sind bereits Mehrkosten benannt worden, die ein mögliches Einsparvolumen reduzieren.

A11 Kurzfristiger Abbau der Koordinatorenstelle für das Sportareal Luftschiffhafen

Der Umsetzungsprozess der im DOMUS-Gutachten ausgewiesenen vertraglichen Leistungsbeziehungen ist noch nicht abgeschlossen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird nach dem Vertragsstand vom Dezember 2008 agiert. Eine Reduzierung des Koordinierungsaufwandes ist zurzeit daher noch nicht möglich. Die Prüfung, den Koordinierungsaufwand zu reduzieren, wird fortgeführt.

5.3 Geschäftsbereich 3

Produkt 12202 Bürgerservice
A12 Kommunales Begrüßungsgeld

Seit 2001 erhalten Studenten bei Ummeldung ihres Hauptwohnsitzes nach Potsdam ein Begrüßungsgeld in Höhe von 50 EUR pro Semester. Die LHP ist in den letzten Jahren eine der wenigen prosperierenden Städte im Land

Brandenburg. In 2012 wird unter Beachtung der Erfahrungen auch anderer Städte mit ähnlichen Regelungen geprüft, nach welchen der folgenden Alternativen die Begrüßung der Studenten in der LHP zukünftig erfolgen sollte:

- Beschluss zur Aufhebung der Zahlung (Konsolidierungseffekt 240 TEUR)
- Kündigung der Verwaltungsvereinbarung (Konsolidierungseffekt 20 TEUR)
- Verringerung der Höhe und der Anzahl der Antragstellungen pro Jahr (Konsolidierungseffekt 20 - 110 TEUR)
- Begrenzung auf eine bestimmte Laufzeit
- Wechsel zur Einmalzahlung

E06 Erhöhung der Erträge des Standesamtes

Erhöhung der Erträge durch Anstieg der Ausstellung von gebührenpflichtigen Urkunden nach Personenstandsgesetz. Mit Wirkung vom 01.01.2009 erfolgt die Erhebung der Verwaltungsgebühren auf einer neuen Rechtsgrundlage (VO über Gebühren für Amtshandlungen im Geschäftsbereich des MI, Tarifstelle 12).

Produkt 12204 Erhöhung der Erträge Bußgeldstelle

E07 Bußgelder ruhender/fließender Verkehr

Es erfolgt eine zusammengefasste Darstellung der Erträge durch Verwarn- und Bußgelder im ruhenden und fließenden Verkehr sowie in sonstigen Rechtsgebieten, da auch diese in einem Konto nachgewiesen werden. Allerdings ist die Erhöhung der Erträge für Bußgelder fließender Verkehr nur durch vollen Einsatz der Messbediensteten und der digitalen Messtechnik gewährleistet. Seit dem Jahr 2010 werden aufgrund rechtlicher Vorgaben die analogen Geräte durch digitale Messeinheiten ausgetauscht.

Produkt 36330 Hilfe zur Erziehung

A13 Förderung der Vollzeitpflege

Bei der Gewährung von stationären Hilfen soll die Förderung der Vollzeitpflege gegenüber der Heimerziehung im Vordergrund stehen. Die Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII ist ein gleichrangiges Instrument der Hilfen zur Erziehung. Der gemeinsame Pflegekinderdienst seit dem 1. Juli 2010 mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark - in Verantwortung des LK PM - ermöglicht einen vergrößerten Kreis von Pflegefamilien zur Unterbringung Pots-

damer Kinder. Er trägt u.a. dazu bei, dass in der LHP im Gegensatz zum Bundestrend die Fallzahlen in der Fremdunterbringung (§ 34 SGB VIII - Heimerziehung) konstant gehalten werden können bzw. absinken.

Produkt 36343 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

A14 Reduzierung der Transferaufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder

Die Feststellung der PWC wurde mit Hilfe einer Evaluierung der Ist-Werte der ambulanten und stationären Fälle sowie der Erträge und Aufwendungen aufgegriffen. Eine Absenkung der Fallzahlen und damit der Aufwendungen ist vor allem über ein optimiertes Fallmanagement zu erreichen. Im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt wird dazu unter anderem derzeit die Einrichtung einer Servicestelle für Kinder und Jugendliche mit Behinderung vorbereitet. Mitte 2012 soll sie ihre Arbeit aufnehmen.

Produkt 36502 Tageseinrichtungen für Kinder – freie Träger

A15 Prüfung der Einziehung der Elternbeiträge durch freie Träger

Der Vorschlag der PWC zu einer stärkeren Transparenz der Wirtschaftlichkeit der freien Träger und einer intensiveren Überprüfung der Einziehung von Elternbeiträgen durch die freien Träger wurde aufgegriffen. Eine Überprüfung der vorschriftsmäßigen Einziehungspraxis von Elternbeiträgen bei den freien Trägern der Kindertagesbetreuung findet derzeit im Rahmen einer externen Tiefenprüfung für das Jahr 2010 statt.

A16 Prüfung und Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie (Kita-FRL)

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 27.10.2011 den Beschluss gefasst, dass die Einführung der überarbeiteten Kita-FRL auf das Jahr 2013 verschoben werden soll. Mit der Überarbeitung der Kita-FRL konnte bereits ein Einstieg in das interne Benchmarking erzielt werden. Ab 2012 ist ein stark optimiertes Benchmarking der einzelnen Kitas mit einer speziellen Software möglich.

Produkt 36600 Einrichtungen der Jugendarbeit

A17 Wirksamkeitsorientierte Evaluation der Jugendarbeit

Eine methodisch-strukturierte Analyse der Wirksamkeit in der Jugendarbeit erfolgte im Jahre 2011 im Rahmen der Evaluation der Schulsozialarbeit und

der Evaluation der Leistungsverträge Kinder- und Jugendclubs. Die Auswertung erfolgt derzeit und wird in 2012 abgeschlossen.

Produkt 41400 Verwaltungsaufgaben Gesundheitsschutz

Z05 Projekt "Gesundheitsamt 2020 der LHP"

Ende 2010 bis 2011 erfolgte eine Untersuchung der Aufgabenwahrnehmung des Gesundheitsamtes der LHP durch das Projekt „Gesundheitsamt 2020 der LHP“. Die darin getroffenen Empfehlungen werden derzeit in einer Projektgruppe aufgegriffen und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft. Grundsätzlich sollen die organisatorischen Abläufe und der Service gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern verbessert werden.

E08 Heilpraktikerprüfung (NEU)

Das Gesundheitsamt der LHP führt im Auftrag des zuständigen Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz allgemeine und beschränkte Heilpraktiker-Kennntnisüberprüfung durch. Die Heilpraktikerüberprüfungen sind im Jahr 2011 auf das Ansbacher Modell umgestellt worden. Die bisherigen teilweise langen Wartezeiten wurden abgeschafft. Außerdem wird eine dritte Prüfungsart auf dem Gebiet der Physiotherapie angeboten. Daher geht der Fachbereich zukünftig von höheren Teilnehmerzahlen aus. Darüber hinaus erlässt das Ministerium voraussichtlich 2012 eine neue Gebührenordnung, wodurch mit einer Anhebung der Prüfungsgebühren gerechnet wird. Insgesamt geht der FB daher für das Jahr 2012 von Gebührenmehreinnahmen von 16.500 Euro aus.

Produkt 54501 Straßenreinigung

Z06 Erhöhung Kostendeckungsgrad bei der Straßenreinigung (NEU)

Im Ergebnis der Überarbeitung der Straßenreinigungssatzung ist es erforderlich, eine Anpassung der Straßenreinigungsgebühren vorzunehmen. Die Gebührenkalkulation hat auf Grundlage des Kommunalabgabengesetzes i.V.m. § 49a des Brandenburgischen Straßengesetzes nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu erfolgen. Das Gesamtgebührenaufkommen soll die umlagefähigen Kosten der kostenrechnenden Einrichtung in maximal zulässiger Höhe decken.

Produkt 57301 Märkte

Z07 Konzeptänderung Wochenmarkt (NEU)

Der Potsdamer Wochenmarkt „Am Bassin“ ist ein Betrieb gewerblicher Art und wird durch die LHP betrieben. Steuerrechtlich bewegt sich dieses Unternehmen seit dem Jahr 2007 im Verlust. Allein die Anpassung der Benutzungsgebühren ist nicht ausreichend. Es muss darüber nachgedacht werden, ob eine Neugestaltung des Marktes, als freiwillige Aufgabe der LHP, für seine Bürger in Frage kommt oder es ist eine Entscheidung zu treffen, diesen Markt nicht mehr oder nicht mehr selbst durchzuführen.

5.4 Geschäftsbereich 4

Produkt 51102 Kataster und Landesvermessung

A18 Reduzierung der Personalaufwendungen für die Aufgabe der Katasterbehörde (NEU)

Seit 2009 sinken die jährlichen Landeszuweisungen für die übertragenen Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung als Katasterbehörde. Nach den vorliegenden Planungen ist die Personalausstattung für das Produkt 51102 von 34 Stellen (2009) auf 23 Stellen (2015) anzupassen, um den Zuschussanteil der Stadt zu minimieren. Das Stellenplanziel (23 Stellen) wird zum 01.08.2012 erreicht.

Produkt 51103 Stadtentwicklung

Produkt 51104 Bauleitplanung

Produkt 51198 Fachbereichsleitung Stadtplanung und Bauordnung

Z08 Aufgabenbündelung zwischen den Fachbereichen Stadtplanung/Bauordnung und Stadterneuerung/Denkmalpflege

Mit der vorgesehenen Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4 sind auch zur verbesserten Aufgabenwahrnehmung der Bauverwaltung folgende Schwerpunkte vorgesehen:

- Abbildung der von der Bbg BauO vorgesehenen Konzentrationswirkung in den Strukturen – Bündelung der Bauaufsicht und Denkmalpflege in einem Fachbereich;
- Sicherstellung der flexiblen Steuerung wichtiger Projekte;
- Bündelung fachbereichsübergreifender Aufgaben an zentraler Stelle bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen;
- Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen den Fachbereichen und Bündelung der planerischen Bereiche Stadtplanung und Stadterneuerung in einem Fachbereich;
- laufende Verbesserung der Außenwirkung der gesamten Bauverwaltung.

Die verbesserte quantitative und qualitative Aufgabenwahrnehmung und die zugleich erhöhten Anforderungen an die Bauverwaltung sollen dabei möglichst mit den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen bewältigt werden. Ob dies im Rahmen der vorhandenen Ressourcen möglich ist und in welchem Maße sich aus der Prozessoptimierung Einsparpotentiale ergeben, ist derzeit nicht absehbar und wird im Rahmen einer Organisations- und Personalbemessungsuntersuchung mit Unterstützung eines externen Dienstleisters zu ermitteln sein.

Produkt 53500 Kombinierte Versorgung

E09 Konzessionsabgabe

Die Konzessionsabgabe für vergebene Leitungsrechte (z.B. Strom) ist verbrauchsabhängig.

Ergebnis 2007	4.728.131,30 EUR
Ergebnis 2008	5.744.043,16 EUR
vorläufiges Ergebnis 2009	5.790.085,24 EUR
vorläufiges Ergebnis 2010	5.894.526,61 EUR

In den Folgejahren werden die Erträge auf Basis der Vorjahre und unter Berücksichtigung des Wachstumspotentials der LHP sowie der periodengerechten Buchung der in den Folgejahren erstellten Schluss- bzw. endgültigen Schlussrechnungen geplant.

Produkt 54100 Gemeindestraßen

A19 Kostenvorteile der Integration des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung nutzen

Der Vertrag zur Integration des Eigenbetriebes Stadtbeleuchtung in die Stadtwerke vom 23.12.2009 weist eine Einsparung in der vereinbarten Höhe von 36.000 EUR aus.

Allerdings resultieren durch veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen wie erhöhte Netznutzungsentgelte, Stromsteuer und EEG-Umlage steigende Kosten für den Verbrauch von Elektroenergie zum Betrieb der Straßenbeleuchtung. Die LHP entrichtet vertragsgemäß eine gemeinsame Entgeltpauschale für Unterhaltungsleistung und Verbrauch von Strom an die SBP GmbH.

Produkt 54600 Parkeinrichtungen

E10 Steigerung des Gebührenaufkommens aus der Parkraumbewirtschaftung

Durch die räumliche und zeitliche Erweiterung des Gebührenparkens sowie Änderungen der Parkgebührenordnung einschließlich der dafür notwendigen Investitionen soll bis 2015 das Aufkommen aus den Parkgebühren auf bis zu 3.588 TEUR p.a. erhöht werden. Das Konsolidierungsvolumen beträgt damit im späteren Volljahreseffekt 1,5 Mio. EUR. Zur Durchsetzung der neuen Parkgebührenordnung ist vorgesehen, den Personalbestand beim Ordnungsamt zu erhöhen. Die dadurch erhöhten Personalaufwendungen werden voraussichtlich durch höhere Bußgelderträge gedeckt.

Produkt 55100 Öffentliches Grün/ Landschaftsbau

Z09 Senkung der Bewirtschaftung Park Bornstedter Feld

Der Zuschussbedarf wurde für den mittelfristigen Planungszeitraum auf 1.219.500 EUR Jahr festgeschrieben. Ein ggf. notwendiger Mehrbedarf ist aus Erlössteigerungen zu decken.

A20 Ausweitung der Fremdpflege im Bereich öffentliches Grün und Landschaftsbau

Das vorgeschlagene Einsparpotential kann nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Die Nutzung von Potentialen aus der Verringerungen von Wegezeiten durch Umbaumaßnahmen und der Reduzierung von Geräteausfallzeiten durch schrittweise Modernisierung ist bereits zum Teil möglich. Der Geräte-

austausch wird in 2012 abgeschlossen werden. Grundsätzlich wird darauf hingearbeitet, die Quote der Fremdpflege zu erhöhen.

A21 Verzicht auf die Durchführung der Potsdamer Apfeltage (NEU)

Die Durchführung der Potsdamer Apfeltage erfolgt derzeit alle 2 Jahre. Die Aufwendungen beliefen sich bei den beiden ersten Veranstaltungen auf jeweils ca. 3.000 EUR für Flyer, Plakate, Standmieten, Transport- und Beschaffungskosten für Exponate usw.

E11 Änderung der Grünflächensatzung (NEU)

Die Überarbeitung der Grünflächensatzung in 2012 hat das Ziel, zusätzliche Entgelte für Sondernutzungen öffentlicher Grünflächen erzielen zu können.

Produkt 55301 Friedhofs- und Bestattungswesen

A22 Stelleneinsparung im Friedhofs- und Bestattungswesen

Im Bereich 473 wurden in der Zeit von 2005 bis 2010 8,8 Stellen abgebaut, was auch zu Qualitätseinbußen im Pflegestandard auf den Friedhofsflächen geführt hat. Deshalb werden alle Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität der Potsdamer Friedhöfe in Hinblick auf die Bestattungsleistungen und Grabartenvielfalt und damit zur Ertragssteigerung ausgeschöpft:

- Erweiterung Öffentlichkeitsarbeit mit der 2. Auflage des Friedhofsführers und Ausweitung des Internetportals der Potsdamer Friedhöfe;
- neue Grabarten wie gärtnerbetreute Grabfelder mit allen Beisetzungsarten;
- 2012 Innutzungnahme des Kindergrabfeldes „Sterngrabfeld“
- Sanierung/Renovierung der Feierhallen.

Produkt 57302 Biosphärenhalle

Z10 Zuschusssenkung Biosphäre

Die Betreuung der Biosphäre wird derzeit EU-weit ausgeschrieben. Der neue Betreiber soll den Betrieb der Biosphäre alleinverantwortlich und auf eigene Rechnung, Kosten und Gefahren übernehmen sowie ein Konzept entwickeln, mit dem er langfristig einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung möglichst ohne Zuschüsse der LHP sicherstellen kann. Dabei ist auch der gesamte Erwerb des Grundstücks mit der Biosphäre möglich, aber nicht verpflichtend. Unter der Voraussetzung, dass diese EU-weite Ausschrei-

bung erfolgreich verläuft, kann davon ausgegangen werden, dass eine Betreuung zukünftig auch ohne bzw. mit sehr reduziertem Zuschuss der Stadt erfolgt.

Zusammenfassung Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2015

	2012 in EUR	2013 in EUR	2014 in EUR	2015 in EUR	Summe in EUR
Gesamtvolumen HSK 2012 - 2015	27.374.273	33.902.773	38.780.173	45.474.373	145.531.591
dargestellt nach Geschäftsbereichen					
Geschäftsbereich 1					
Ertragserhöhung	22.896.705	27.440.505	32.158.305	38.840.605	121.336.119
Aufwandsreduzierung	1.621.353	1.703.753	1.786.453	1.899.053	7.010.611
Summe Geschäftsbereich 1	24.518.058	29.144.258	33.944.758	40.739.658	128.346.730
Geschäftsbereich 2					
Ertragserhöhung	88.633	88.633	88.633	88.633	354.532
Aufwandsreduzierung	234.000	234.000	234.000	234.000	936.000
Summe Geschäftsbereich 2	322.633	322.633	322.633	322.633	1.290.532
Geschäftsbereich 3					
Ertragserhöhung	623.038	676.538	540.238	537.638	2.377.450
Aufwandsreduzierung	-5.783	-15.783	-25.783	-35.783	-83.132
Zuschussreduzierung	354.244	311.944	293.844	273.144	1.233.176
Summe Geschäftsbereich 3	971.499	972.699	808.299	774.999	3.527.494
Geschäftsbereich 4					
Ertragserhöhung	880.988	1.573.688	1.975.488	1.975.488	6.405.653
Aufwandsreduzierung	199.031	185.931	172.631	139.331	696.924
Zuschussreduzierung	482.064	1.703.564	1.556.364	1.522.264	5.264.257
Summe Geschäftsbereich 4	1.562.084	3.463.184	3.704.484	3.637.084	12.366.834
dargestellt nach Wirkung					
Ertragserhöhung	24.489.364	29.779.364	34.762.664	41.442.364	130.473.755
Aufwandsreduzierung	2.054.384	2.123.684	2.193.084	2.272.384	8.643.535
Aufwandsreduzierung	-5.783	-15.783	-25.783	-35.783	-83.132
Zuschussreduzierung	836.308	2.015.508	1.850.208	1.795.408	6.497.433

	Produktbezeichnung / Maßnahme	Teil HH Produktkonto	Basis Ergebnis 2008 in EUR	Gesamtergebnis Teilhaushalt Haushaltsentwurf in EUR				Summe HSK in EUR
				2012	2013	2014	2015	
GB 1	Beteiligungsmanagement	1111001	-507.289	788.600	769.800	865.200	846.700	
E01	Entlastungsbeiträge aus verbundenen Unternehmen	1111001 4651100	367.156	1.400.000	1.400.000	1.500.000	1.500.000	
	HSK 2012 Ertragserhöhung			1.032.844	1.032.844	1.132.844	1.132.844	4.331.377
A01	Stelleneinsparung Stadtkasse	Personalaufwand	-1.482.119	-1.782.100	-1.793.300	-1.782.300	-1.814.800	
	Zentrale Dienste	11123	-542.288	-1.065.800	-1.094.900	-960.700	-1.216.900	
A02	Zusammenarbeit mit ZDPol							
	HSK 2012 Aufwandsreduzierung			60.000	60.000	60.000	60.000	240.000
A03	Fernmeldegebühren	1112300 5431350	-195.132	-150.000	-150.000	-150.000	-150.000	
	HSK 2012 Aufwandsreduzierung			45.132	45.132	45.132	45.132	180.529
	Kommunaler Immobilien Service (KIS)	Miete/Betriebskosten	-22.983.155	-29.332.100	-32.395.400	-32.718.600	-33.059.200	
A04	Optimierungsprozess im KIS/Flächenmanagement im KIS							
A05	Grundstandardfestlegungen für Aus- und Umbaumaßnahmen Schulen							
	Allgemeine Zuweisung	61101	146.483.081	140.776.400	141.486.700	142.079.200	143.984.400	
E02	Schlüsselzuweisung	6110100 4111000	89.796.225	99.934.100	99.991.400	99.909.200	101.321.500	
	HSK 2012 Ertragserhöhung			10.137.875	10.195.175	10.112.975	11.525.275	41.971.300
	Steuern	61102	102.135.015	113.861.000	118.347.500	123.047.500	128.317.500	
E03	Steuern	6110200	102.135.015	113.861.000	118.347.500	123.047.500	128.317.500	
	HSK 2012 Ertragsrerhöhung			11.725.985	16.212.485	20.912.485	26.182.485	75.033.442
	Sonstige Finanzwirtschaft	61200	-1.734.948	-2.895.700	-3.105.100	-3.378.400	-3.430.700	
A06	Zinsen für Kommunalkredit	6120001 5517100	-4.811.720	-3.295.500	-3.213.100	-3.130.400	-3.017.800	
	HSK 2012 Aufwandsreduzierung			1.516.220	1.598.620	1.681.320	1.793.920	6.590.082
	Alle Geschäftsbereiche - Personalaufwand	Konto 50/51	85.268.170	91.848.400	93.357.100	94.079.700	95.947.100	
A07	Reduzierung der unbesetzten Stellen/ Outplacement im Überhangpool							
	Ertragserhöhung							
	Summe HSK 2011			22.896.705	27.440.505	32.158.305	38.840.605	121.336.119
	Aufwandsreduzierung							
	Summe HSK 2011			1.621.353	1.703.753	1.786.453	1.899.053	7.010.611
	Summe GB 1			24.518.058	29.144.258	33.944.758	40.739.658	128.346.730

	Produktbezeichnung / Maßnahme	Teil HH Produktkonto	Basis Ergebnis 2008 in EUR	Gesamtergebnis Teilhaushalt Haushaltsentwurf in EUR				Summe HSK in EUR
				2012	2013	2014	2015	
GB 2	Schülerbeförderung	24100	-272.960	-839.200	-724.700	-579.700	-579.700	
A08	Änderung der Satzung HSK 2012 Aufwandsreduzierung			63.000	63.000	63.000	63.000	252.000
	Sonstige schulische Aufgaben	24300	-585.007	-1.271.100	-1.230.600	-1.296.600	-1.322.400	
A09	Aufhebung der Satzung Schülerspeisung HSK 2012 Aufwandsreduzierung	243001		171.000	171.000	171.000	171.000	684.000
A10	Prozessoptimierung Schulspeisung Biesamkiez	243002	-279.176	-378.300	-380.500	-381.600	-377.100	
	Musikschule	26300	-1.112.421	-1.298.000	-1.394.200	-1.496.100	-1.589.800	
E04	Steigerung des Gruppenunterrichtes in der Musikschule HSK 2011 Ertragsrerhöhung	263000 4321000	837.906	926.000	926.000	926.000	926.000	352.375
	Regionale Weiterbildung	27300	-101.510	-129.800	-131.800	-132.400	-135.000	
Z01	Potsdamer Bildungsmesse							
	Kunstwerkstatt Ost	28403	-53.423	-59.200	-59.900	-60.300	-61.500	
Z02	Übertragung an freien Träger							
	Jugendsozialarbeit	36710	724.226	-1.118.300	-1.124.700	-1.450.400	-1.528.100	
Z03	Wohnheim Azubis	3671001	218.766	78.300	76.400	79.700	77.400	
	Wohnheim Förderschule 42/44	3671002	580.282	-282.400	-242.300	-244.400	-243.300	
	Förderung Sport	42100	-1.900.084	-809.700	-763.700	-774.500	-798.900	
E05	Beitrag des Stadtsporbundes HSK 2011 Ertragserhöhung	4210000 4321000	31.461	32.000	32.000	32.000	32.000	2.158
	Luftschiffhafen	42420	-1.304.573	-2.742.200	-2.686.900	-2.721.600	-2.823.500	
Z04	Luftschiffhafen		-1.304.573	-2.742.200	-2.686.900	-2.721.600	-2.823.500	
A11	Abbau Koordinator Luftschiffhafen							
	Ertragserhöhung							
	Summe HSK 2011			88.633	88.633	88.633	88.633	354.532
	Aufwandsreduzierung							
	Summe HSK 2011			234.000	234.000	234.000	234.000	936.000
	Summe GB 2			322.633	322.633	322.633	322.633	1.290.532

	Produktbezeichnung / Maßnahme	Teil HH Produktkonto	Basis Ergebnis 2008 in EUR	Gesamtergebnis Teilhaushalt Haushaltsentwurf in EUR				Summe HSK in EUR
				2012	2013	2014	2015	
GB 3	Bürgerservice	12202	-1.168.514	-1.953.200	-2.067.100	-2.090.000	-2.169.800	
A12	Begrüßungsgeld	1220201 5271930	-234.217	-240.000	-250.000	-260.000	-270.000	
	HSK 2011 Aufwandserhöhung			-5.783	-15.783	-25.783	-35.783	-83.132
E06	Verwaltungsgebühren Standesamt	1220202 4311	212.110	252.000	252.000	252.000	252.000	
	HSK 2011 Ertragserhöhung			39.890	39.890	39.890	39.890	159.558
	Bußgeldangelegenheiten	12204	1.132.046	1.328.300	1.164.400	1.071.200	1.044.900	
E07	Bugelder ruhender u. fließender Verkehr	1220400 4561100	2.207.346	2.774.000	2.827.500	2.691.200	2.688.600	
	HSK 2011 Ertragserhöhung			566.654	620.154	483.854	481.254	2.151.917
	Hilfe zur Erziehung	36330	-9.942.649	-12.118.200	-12.119.700	-12.119.700	-12.123.700	
A13	Förderung der Vollzeitpflege							
	Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	36343		-2.798.400	-2.939.400	-3.048.800	-3.246.200	
A14	Reduzierung Eingliederungshilfe							
	Tageseinrichtungen für Kinder - freie Träger	36502	-30.439.993	-48.420.900	-49.875.600	-50.876.400	-51.494.000	
A15	Prüfung der Einziehung der Elternbeiträge durch freie Träger							
A16	Prüfung und Überarbeitung der Kita-Finanzierungsrichtlinie							
	Einrichtungen der Jugendarbeit	36600	-3.214.503	-4.992.800	-5.081.200	-5.156.500	-5.227.600	
A17	Wirksamkeitsorientierte Evaluation der Jugendarbeit							
	Gesundheitsschutz	41400	-1.568.766	-1.886.100	-1.985.900	-1.985.900	-2.012.400	
Z05	Projekt "Gesundheitsamt 2020 der LHP"							
E08	Verwaltungsgebühren Heilpraktikerprüfung	4140000 4311000	113.506	130.000	130.000	130.000	130.000	
	HSK 2011 Ertragserhöhung			16.494	16.494	16.494	16.494	65.975
	Straßenreinigung	54501	-1.551.044	-1.196.800	-1.239.100	-1.257.200	-1.277.900	
Z06	Straßenreinigung							
	HSK 2012 Zuschussreduzierung			354.244	311.944	293.844	273.144	1.233.176
	Märkte	57301	-28.470	-52.100	-50.000	-25.700	-27.800	
Z07	Konzepterstellung							
	Ertragserhöhung							
	Summe HSK 2011			623.038	676.538	540.238	537.638	2.377.450
	Aufwandserhöhung							
	HSK 2011			-5.783	-15.783	-25.783	-35.783	-83.132
	Zuschussreduzierung							
	Summe HSK 2011			354.244	311.944	293.844	273.144	1.233.176
	Summe GB 3			971.499	972.699	808.299	774.999	3.527.494

	Produktbezeichnung / Maßnahme	Teil HH Produktkonto	Basis Ergebnis 2008 in EUR	Gesamtergebnis Teilhaushalt Haushaltsentwurf in EUR				Summe HSK in EUR
				2012	2013	2014	2015	
GB 4								
	Kataster- und Landesvermessung	51102	36.578	-29.200	-154.700	-226.700	-337.800	
A18	Personalaufwendungen	51102 50	-1.470.531	-1.274.500	-1.284.600	-1.300.900	-1.331.200	
	HSK 2012 Aufwandsreduzierung			196.031	185.931	169.631	139.331	690.924
	Stadtentwicklung	51103	-931.541	-1.200.000	-1.212.400	-1.229.700	-1.251.600	
	Bauleitplanung	51104	-1.318.955	-1.065.500	-867.300	-975.700	-1.000.400	
	FBL Stadtplanung und Bauordnung	51198	-411.430	-299.800	-315.000	-338.900	-351.200	
Z08	HSK 2012 Zuschussreduzierung			96.626	267.226	117.626	58.726	540.204
	Kombinierte Versorgung	53500	5.964.739	5.884.200	5.984.200	6.084.200	6.084.200	
E09	Konzessionsabgabe	5350000 4511000	5.744.043	5.900.000	6.000.000	6.100.000	6.100.000	
	HSK 2011 Ertragserhöhung			155.957	255.957	355.957	355.957	1.123.827
	Gemeindestraßen	54100	-11.732.123	-16.190.500	-15.822.200	-16.339.000	-16.063.300	
A19	Kostenvorteil Integration Eigenbetrieb Stadtbeleuchtung							
	HSK 2011 Zuschussreduzierung			36.000	36.000	36.000	36.000	144.000
	Parkeinrichtungen	54600	1.604.988	2.212.700	2.798.600	3.102.200	3.094.400	
E10	Erhöhung Parkgebühren	5460000 4321000	1.968.469	2.693.500	3.286.200	3.588.000	3.588.000	
	HSK 2011 Ertragserhöhung			725.031	1.317.731	1.619.531	1.619.531	5.281.826
	Öffentliches Grün/Landschaftsbau	55100	-6.179.196	-6.261.500	-6.241.500	-6.190.700	-6.245.900	
Z09	Potsdams Neue Gärten (inklusive Bornstedter Feld)	5510001	-1.330.000	-1.219.500	-1.219.500	-1.219.500	-1.219.500	
	HSK 2011 Zuschussreduzierung			110.500	110.500	110.500	110.500	442.000
A20	Fremdpflege Öffentliches Grün							
A21	Verzicht auf die Potsdamer Apfeltage		-3.000	0		0		
	HSK 2012 Aufwandsreduzierung			3.000		3.000		6.000
E11	Änderung der Grünflächensatzung							
	Friedhofs- und Bestattungswesen	55301	-553.161	-583.200	-626.600	-621.800	-682.200	
A22	Stelleneinsparung im Friedhofs- und Bestattungswesen							
	Biosphärenhalle	57302	-2.070.138	-1.795.200	-744.300	-741.900	-717.100	
Z10	Zuschusssenkung	57302	-2.070.138	-1.795.200	-744.300	-741.900	-717.100	
	HSK 2011 Zuschussreduzierung			274.938	1.325.838	1.328.238	1.353.038	4.282.053
	Ertragserhöhung							
	Summe HSK 2011			880.988	1.573.688	1.975.488	1.975.488	6.405.653
	Aufwandsreduzierung							
	Summe HSK 2011			199.031	185.931	172.631	139.331	696.924
	Zuschussreduzierung							
	Summe HSK 2011			482.064	1.703.564	1.556.364	1.522.264	5.264.257
	Summe GB 4			1.562.084	3.463.184	3.704.484	3.637.084	12.366.834



Betreff:

öffentlich

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2012

Einreicher: Kommunalen Immobilienservice	Erstellungsdatum	24.11.2011
	Eingang 902:	23.11.2011

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.12.2011	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunalen Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2012.

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

Für die Wirtschaftsjahre sind folgende Überschüsse geplant:

2012	2013	2014	2015
ca. 52.000 €	ca. 75.000 €	ca.85.000 €	ca. 110.000 €

Die geplanten Investitionszuschüsse und die Zahlungen der Landeshauptstadt an den KIS für Mieten und Betriebskosten sind mit dem Entwurf der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt.

ggf. Folgeblätter beifügen

Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 1

Geschäftsbereich 2

Geschäftsbereich 3

Geschäftsbereich 4

Begründung:

Grundlagen zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes

Gemäß § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg - EigV - hat der Eigenbetrieb einen Wirtschaftsplan aufzustellen, der gemäß § 7 Punkt 3 EigV von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen ist. Der Wirtschaftsplan besteht gemäß § 14 Abs. 1 EigV aus:

- den Festsetzungen
 - a) des Gesamtbetrages der Erträge und Aufwendungen aus dem Erfolgsplan
 - b) der im Finanzplan enthaltenen Mittelzuflüsse und Mittelabflüsse jeweils aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanztätigkeit
 - c) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen
 - d) des Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditermächtigung
- dem Erfolgsplan
- dem Finanzplan

Darüber hinaus enthält der Wirtschaftsplan gemäß § 14 Abs. 2 EigV folgende Anlagen:

- einen Vorbericht
- eine Übersicht der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Ein- und Auszahlungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken
- eine Stellenübersicht
- eine Übersicht der geplanten Investitionsmaßnahmen
- eine Übersicht über die in Anspruch genommenen Investitionskredite der Vorjahre

Auf dieser Basis wird in der Anlage der Entwurf des Wirtschaftsplanes des KIS für das Wirtschaftsjahr 2012 vorgelegt.

Genehmigungspflichtige Teile des Wirtschaftsplanes

Der Entwurf des Wirtschaftsplans sieht für das Jahr 2012 Kreditaufnahmen i. H. v. 16.712.000 Euro vor. Im Rahmen der Fortführung von Investitionsvorhaben in den Folgejahren sind Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 10.700.000 Euro erforderlich. Weiterhin plant der KIS im Rahmen des laufenden Verfahrens zur brandschutztechnischen und energetischen Sanierung dreier Schulen ein kreditähnliches Geschäft gemäß § 74 Abs. 5 BbgKVerf in max. Höhe von 25 Mio. €. Gemäß §§ 73 - 75 BbgKVerf ist für die Gesamthöhe der Kreditaufnahmen und Verpflichtungsermächtigungen sowie für das kreditähnliche Geschäft eine kommunalrechtliche Genehmigung erforderlich.

Investitionen

Im Jahr 2012 führt der KIS das beschlossene langfristige Investitionsprogramm zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur Potsdams fort. Von den geplanten direkten Investitionsmitteln werden ca. drei Viertel für Sanierungen und Erweiterungen in Schulen und Kitas verwendet. Größte Einzelprojekte sind die Fortführung der Arbeiten zur Sanierung des Campus Kurfürstenstraße, der Ausbau der Stadtteilschule (Grundschule 20) in Drewitz, die Sanierung des Schulerweiterungsbaus in der Haekkelstraße sowie der Beginn des Baus einer weiterführenden Schule im Bornstedter Feld.

Weiterhin ist geplant, drei Potsdamer Schulen brandschutztechnisch und energetisch zu ertüchtigen. Gegenwärtig wird geprüft, ob dies in Form eines ÖPP-Projektes erfolgen kann oder die Realisierung in Eigenregie günstiger ist. Der Start des Projektes soll ebenfalls im Jahr 2012 erfolgen. Die voraussichtlichen Auswirkungen im Falle der Realisierung als ÖPP-Projekt sind im Ergebnis- und Zahlungsplan berücksichtigt. Das kreditähnliche Geschäft ist im Wirtschaftsplan des KIS in seinen Auswirkungen darzustellen, bedarf jedoch eines gesonderten Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung und einer gesonderten Genehmigung der Kommunalaufsicht.

Weiter fortgeführt werden die Arbeiten an den Kulturobjekten Altes Rathaus und Wissensspeicher, die 2012 abgeschlossen werden sollen. Darüber hinaus stehen Investitionsmittel werden für die Sanierung von Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren, Sport- und Jugendeinrichtungen zur Verfügung.

Berechnungstabelle Demografieprüfung:

(Doppelklick auf die Tabelle und 2. Zeile je Spalte 0 Punkte (keine) bis 3 Punkte (sehr hohe Wirkung) vergeben.)

Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplatzangebot erhalten bzw. ausbauen Gewichtung: 30	Ein Klima von Toleranz und Offenheit in der Stadt fördern Gewichtung: 10	Gute Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien ermöglichen Gewichtung: 20	Bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder u. Jugendl. anbieten Gewichtung: 20	Selbstbestimmtes Wohnen und Leben bis ins hohe Alter ermöglichen Gewichtung: 20	Wirkungsindex Demografie	Bewertung Demografie-relevanz
1			3		90	mittlere

Wirtschaftsplan 2012

Stand: 16.11.2011

K ommunaler
I mmobilien
S ervice

Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Gliederung

- 1. Festsetzungen**
- 2. Erfolgsplan**
- 3. Finanzplan**
 - Gesamt KIS**
 - Spartenplan Vermögensverwaltung LHP ***
 - Spartenplan Betriebe gewerblicher Art (BgA)****

Anlagen

- A1 Vorbericht**
- A2 Erfolgsübersicht nach Sparten**
- A3 Verpflichtungsermächtigungen und Aus-/Einzahlungen
an die Gemeinde**
- A4 Stellenübersicht**
- A5 Investitionsplan**
- A6 Übersicht über die Kredite für Investitionsmaßnahmen
aus den Vorjahren**

* Die Sparte Vermögensverwaltung LHP umfasst die Gesamtverwaltung des Anlagevermögens KIS ohne das Vermögen der Betriebe gewerblicher Art.

** Zur Sparte BgA zählen nach dem Körperschaftssteuergesetz einnahmeorientierte Einrichtungen der LHP, z. B. Vermietung HOT, Nikolaisaal.

Die Aufteilung in Sparten erfolgt gemäß § 16 (4) Eigenbetriebsverordnung.

Festsetzungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 EigV
für das Wirtschaftsjahr 2012

Aufgrund des § 7 Nr. 3 und des § 14 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung hat die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss vom den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2012 festgestellt.

1. Es betragen

1.1. im Erfolgsplan

die Erträge	38.535.396 €
die Aufwendungen	38.483.183 €
der Jahresgewinn	52.213 €
der Jahresverlust	

1.2. im Finanzplan

Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	4.589.518 €
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-23.662.000 €
Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	18.466.330 €

2. Es werden festgesetzt

2.1. der Gesamtbetrag der Kredite auf	16.712.000 €
2.2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	10.700.000 €

3. Nachrichtlich

3.1. Kreditähnliche Geschäfte	25.000.000 €
-------------------------------	--------------

Potsdam, den _____
Ort, Datum

Oberbürgermeister

Erfolgsplan für das Wirtschaftsjahr 2012

	2010 vorläufiges Ergebnis €	2011 Plan €	2012 Plan €	2013 Plan €	2014 Plan €	2015 Plan €
Umsatzerlöse	27.599.157	29.703.906	31.709.202	34.783.508	35.117.855	35.460.937
Miete (1)	14.836.295	16.752.952	18.186.397	21.175.697	21.703.297	22.043.897
Betriebskosten (2)	11.982.376	12.280.291	12.821.040	12.897.497	12.695.566	12.698.048
Dienstleistungen (3)	641.731	575.663	576.765	585.314	593.992	593.992
Sonstige Erlöse (4)	138.755	95.000	125.000	125.000	125.000	125.000
Bestandsveränderungen						
Bestandsveränderungen	881.638	0	0	0	0	0
Sonstige Erträge (5)	6.547.896	6.304.225	6.826.194	6.983.610	7.159.204	7.563.498
davon: Auflösung SoPo	4.522.475	4.677.275	5.344.074	5.911.670	6.121.474	6.315.366
Summe Erträge	35.028.692	36.008.131	38.535.396	41.767.118	42.277.059	43.024.435
Aufwand für Objektbewirtschaftung	16.490.793	16.901.260	17.657.363	19.229.084	18.493.087	18.699.768
Personalaufwand (6)	4.806.170	5.207.533	5.410.920	5.488.289	5.541.839	5.660.260
davon: Personal	6.928.117	7.416.896	7.564.323	7.595.394	7.623.055	7.729.173
Hausmeisterkosten in BK	-2.121.947	-2.209.363	-2.153.403	-2.107.105	-2.081.216	-2.068.913
Abschreibungen (7)	7.712.054	8.328.207	9.754.944	10.427.110	10.885.096	11.170.494
Sonstiger betrieblicher Aufwand (8)	1.204.390	739.071	764.672	791.040	791.040	791.040
Zinsergebnis und Steuern (9)	3.916.282	4.729.320	4.895.284	5.756.243	6.480.663	6.592.609
davon: Zinsaufwand für Altkredite	2.509.184	2.480.960	2.276.480	2.111.552	2.013.696	1.944.640
Summe Aufwand	34.129.688	35.905.392	38.483.183	41.691.766	42.191.726	42.914.172
Außerordentliche Erträge (10)	367.330					
Jahresüberschuss (11)	1.266.333	102.739	52.213	75.352	85.333	110.263

Erläuterungen zum Erfolgsplan

- (1) Die Mieten wurden ermittelt auf der Grundlage der Personalaufwendungen, der anteiligen Kapitalkosten, dem Unterhaltsaufwand sowie der sonstigen Geschäftskosten. Die Mieten für das Jahr 2012 berücksichtigen die Veränderungen bei den Abschreibungen und Zinszahlen in Folge der Investitionstätigkeit sowie der Neuzugänge und Abgänge. In den Jahren 2012 bis 2015 sind Absenkungen der Miete wegen HSK geplant.

Von den Mieterlösen in Höhe von 18.186.397 Euro in 2012 entfallen auf die LH Potsdam 17.002.500 Euro.

- (2) Von den Betriebskosten in Höhe von 12.821.040 Euro in 2012 entfallen auf die LH Potsdam 12.329.600 Euro.
- (3) Unter Dienstleistungen sind vor allem die Erlöse aus der Verwaltung des Finanzvermögens zusammen gefasst.
- (4) Hierunter fallen diverse Erlöse von Dritten, u.a. Versicherungsentschädigungen, Parkplatz- und sonstige Gebühren.
- (5) Die Sonstigen Erträge beinhalten die Auflösung von bilanziellen Sonderposten, Erstattungen von Miet- und Leasingkosten sowie die Aktivierung von Projektmanagementleistungen. Darüber hinaus sind hier Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen aufgeführt.
- (6) Die Personalkosten berücksichtigen Tarifsteigerungen sowie geplante Personalveränderungen wie z. B. Altersteilzeit.
- (7) Die Abschreibungen wurden auf der Basis der Neubewertung des Sachanlagevermögens, die im Jahr 2006 mit Unterstützung eines externen Dritten vorgenommen wurde, ermittelt und berücksichtigen die geplanten Zugänge aus der Investitionstätigkeit.
- (8) Der Sonstige betriebliche Aufwand enthält sonstige Verwaltungsaufwände und Beratungskosten.
- (9) Das Zinsergebnis beinhaltet vor allem die Zinszahlungen für die bei der Gründung des KIS übernommenen Altkredite sowie die Zinszahlungen für durch den KIS neu aufgenommene Kredite. Weiterhin enthält diese Position gezahlte Steuern und Zinserträge.
- (10) Der außerordentliche Ertrag resultiert aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, die sich aus den Übergangsvorschriften entsprechend Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) ergibt.
- (11) Das Jahresergebnis 2010 liegt derzeit nur in ungeprüfter Form vor und ist deshalb vorläufig.

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2012
Gesamt KIS

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(1) Ergebnis vor a.o. Posten	899.004	102.739	52.213	75.352	85.333	110.263
(2) Saldo der Abschreibungen auf Gegenstände des AV	7.712.054	8.328.207	9.754.944	10.427.110	10.885.096	11.170.494
(3) Saldo der Auflösung Sonderposten auf Gegenstände des AV	-4.522.475	-4.677.275	-5.344.074	-5.911.670	-6.121.474	-6.315.366
(4) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	522.168	0	0	-700.000	-200.000	-250.000
(5) Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang des AV	-1.082.655					
(6) sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-146.188	-896.000	-751.170	-340.990	-261.542	-381.466
(7) Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	4.395.869	2.098.538	727.605	105.000	5.000	5.000
(8) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	25.918	-3.517.157	150.000	0	0	0
(9) Saldo der a.o. Posten	367.330	0	0	0	0	0
(10) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	8.171.024	1.439.053	4.589.518	3.654.802	4.392.414	4.338.925

Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(11) Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	13.246.119	27.389.341	17.196.490	10.165.600	7.934.800	8.247.600
(12) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (SAV)	2.270.970	1.950.000				
(13) Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
(14) Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens						
(15) sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
(16) Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	15.517.089	29.339.341	17.196.490	10.165.600	7.934.800	8.247.600
(17) Auszahlungen für Investitionen in das SAV	-36.604.926	-47.564.341	-35.858.490	-17.275.600	-13.234.800	-18.547.600
(17a) Auszahlungen für Investitionen aus kreditähnlichen Geschäften (z. B. ÖPP)			-5.000.000	-20.000.000		
(18) Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-120.835					
(19) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
(20) sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
(21) Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-36.725.761	-47.564.341	-40.858.490	-37.275.600	-13.234.800	-18.547.600
(22) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-21.208.672	-18.225.000	-23.662.000	-27.110.000	-5.300.000	-10.300.000

Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(23) Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	10.000.000	16.165.000	16.712.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000
(23a) Einzahlungen aus kreditähnlichen Geschäften (z. B. ÖPP)			5.000.000	20.000.000		
(24) sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	20.005					
(25) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
(26) Einzahlungen aus Sonderposten zum AV						
(27) Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
(28) Einzahlung aus der Finanzierungstätigkeit	10.020.005	16.165.000	21.712.000	26.810.000	5.000.000	10.000.000
(29) Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-421.910	-490.546	-947.558	-1.159.743	-1.845.531	-1.959.575
(30) sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit						
(31) Auszahlungen an die Gemeinde	-2.576.189	-2.337.792	-2.298.112	-2.319.936	-2.222.016	-1.780.224
(32) Auszahlung aus der Rückzahlung von Sonderposten zum AV						
(33) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen						
(34) Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-2.998.099	-2.828.338	-3.245.670	-3.479.679	-4.067.547	-3.739.799
(35) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	7.021.906	13.336.662	18.466.330	23.330.321	932.453	6.260.201

**Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(36) Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven						
(37) Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
(38) Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	0	0
(39) Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	-6.015.742	-3.449.285	-606.151	-124.878	24.866	299.126
(40) Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode	10.210.426	4.194.684	745.399	139.248	14.370	39.237
(41) voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode	4.194.684	745.399	139.248	14.370	39.237	338.363

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht angeglichen.

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2012
Spartenplan Vermögensverwaltung LHP

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(1) Ergebnis vor a.o. Posten	968.091	107.268	59.928	66.715	78.661	101.590
(2) Saldo der Abschreibungen auf Gegenstände des AV	6.297.478	6.751.175	8.162.224	8.301.179	8.813.026	9.157.859
(3) Saldo der Sonderposten auf Gegenstände des AV	-3.464.846	-3.445.132	-4.136.526	-4.230.000	-4.509.748	-4.760.714
(4) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	522.168	0	0	-700.000	-200.000	-250.000
(5) Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang des AV	-1.082.655	0	0	0	0	0
(6) sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	-146.188	-896.000	-751.170	-340.990	-261.542	-381.466
(7) Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	5.395.869	2.098.538	182.605	-350.000	5.000	5.000
(8) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	25.918	-3.517.157	150.000	0	0	0
(9) Saldo der a.o. Posten	367.330					
(10) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	8.883.164	1.098.693	3.667.062	2.746.904	3.925.397	3.872.269

Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(11) Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	7.036.198	14.471.900	13.253.400	10.165.600	7.934.800	8.247.600
(12) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (SAV)	2.270.970	1.950.000	0	0	0	0
(13) Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände	0					
(14) Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0					
(15) sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
(16) Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.307.168	16.421.900	13.253.400	10.165.600	7.934.800	8.247.600
(17) Auszahlungen für Investitionen in das SAV	-29.645.005	-34.646.900	-29.073.400	-17.275.600	-13.234.800	-18.547.600
(17a) Auszahlungen für Investitionen aus kreditähnlichen Geschäften (z. B. ÖPP)						
(18) Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-120.835	0	0	0	0	0
(19) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
(20) sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0					
(21) Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-29.765.840	-34.646.900	-29.073.400	-17.275.600	-13.234.800	-18.547.600
(22) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-20.458.672	-18.225.000	-15.820.000	-7.110.000	-5.300.000	-10.300.000

**Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(23) Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	10.000.000	16.165.000	13.870.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000
(23a) Einzahlungen aus kreditähnlichen Geschäften						
(24) sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 20.005	0	0	0	0	0
(25) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0					
(26) Einzahlungen aus Sonderposten zum AV	0					
(27) Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen	0					
(28) Einzahlung aus der Finanzierungstätigkeit	10.020.005	16.165.000	13.870.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000
(29) Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-421.910	-490.546	-947.558	-998.604	-1.693.528	-1.816.191
(30) sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0					
(31) Auszahlungen an die Gemeinde	-2.239.422	-2.003.083	-1.954.346	-1.990.680	-1.958.224	-1.525.768
(32) Auszahlung aus der Rückzahlung von Sonderposten zum AV	0					
(33) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen	0					
(34) Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-2.661.332	-2.493.629	-2.901.904	-2.989.284	-3.651.753	-3.341.958
(35) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	7.358.673	13.671.371	10.968.096	3.820.716	1.348.247	6.658.042

**Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(36) Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	0	0
(37) Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0					
(38) Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	0	0
(39) Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	-4.216.835	-3.454.936	-1.184.842	-542.380	-26.356	230.311
(40) Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode	9.824.818	5.607.984	2.153.048	968.206	425.826	399.470
(41) voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode	5.607.984	2.153.048	968.206	425.826	399.470	629.781

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht angeglichen.

Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2012
Spartenplan Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(1) Ergebnis vor a.o. Posten	-69.087	-4.529	-7.715	8.637	6.673	8.673
(2) Saldo der Abschreibungen auf Gegenstände des AV	1.414.576	1.577.032	1.592.720	2.125.931	2.072.071	2.012.635
(3) Saldo der Sonderposten auf Gegenstände des AV	-1.057.630	-1.232.143	-1.207.548	-1.681.670	-1.611.727	-1.554.653
(4) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen						
(5) Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang des AV						
(6) sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge						
(7) Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, Forderungen sowie anderer Aktiva	-1.000.000	0	545.000	455.000	0	0
(8) Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva				0	0	0
(9) Saldo der a.o. Posten						
(10) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-712.141	340.360	922.457	907.898	467.017	466.656

Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(11) Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	6.209.921	12.917.441	3.943.090			
(12) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens (SAV)						
(13) Einzahlungen aus Abgängen immaterieller Vermögensgegenstände						
(14) Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens						
(15) sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
(16) Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.209.921	12.917.441	3.943.090	0	0	0
(17) Auszahlungen für Investitionen in das SAV	-6.959.921	-12.917.441	-6.785.090	0	0	0
(17a) Auszahlungen für Investitionen aus kreditähnlichen Geschäften (z. B. ÖPP)						
(18) Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände						
(19) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen						
(20) sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
(21) Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-6.959.921	-12.917.441	-6.785.090	0	0	0
(22) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-750.000	0	-2.842.000	0	0	0

Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(23) Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen			2.842.000			
(23a) Einzahlungen aus Kreditähnlichen Geschäften						
(24) sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
(25) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen						
(26) Einzahlungen aus Sonderposten zum AV						
(27) Einzahlungen aus passivierten Ertragszuschüssen						
(28) Einzahlung aus der Finanzierungstätigkeit	0	0	2.842.000	0	0	0
(29) Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen				-161.139	-152.003	-143.384
(30) sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit						
(31) Auszahlungen an die Gemeinde	-336.767	-334.709	-343.766	-329.256	-263.792	-254.456
(32) Auszahlung aus der Rückzahlung von Sonderposten zum AV						
(33) Auszahlungen aus der Rückzahlung von passivierten Ertragszuschüssen						
(34) Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-336.767	-334.709	-343.766	-490.395	-415.795	-397.841
(35) Mittelzufluss / Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-336.767	-334.709	2.498.234	-490.395	-415.795	-397.841

**Kommunaler Immobilien Service
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam**

Ein- und Auszahlungsarten	Vorl. Ist 2010 1	Plan 2011 2	Plan 2012 3	Plan 2013 4	Plan 2014 5	Plan 2015 6
(36) Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven						
(37) Auszahlungen an Liquiditätsreserven						
(38) Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven	0	0	0	0	0	0
(39) Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestands	-1.798.908	5.651	578.691	417.502	51.222	68.815
(40) Finanzmittelbestand bzw. voraussichtlicher Bestand an eigenen Zahlungsmitteln am Anfang der Periode	385.608	-1.413.300	-1.407.649	-828.958	-411.455	-360.233
(41) voraussichtlicher Finanzmittelbestand am Ende der Periode	-1.413.300	-1.407.649	-828.958	-411.455	-360.233	-291.418

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht angeglichen.

Anlagen

A1 Vorbericht

A2 Erfolgsübersicht nach Sparten

**A3 Verpflichtungsermächtigungen und Aus-/Einzahlungen
an die Gemeinde**

A4 Stellenübersicht

A5 Investitionsplan

**A6 Übersicht über die Kredite für Investitionsmaßnahmen
aus den Vorjahren**

**Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilien Service (KIS)
Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam
für das Wirtschaftsjahr 2012**

Vorbericht

Stand und voraussichtliche Entwicklung der Erfolgslage des Eigenbetriebes sowie Chancen und wesentliche Risiken in der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes

Im Wirtschaftsjahr 2012 sowie in der Mittelfristplanung bis zum Jahr 2015 soll der kommunale Eigenbetrieb KIS seine erfolgreiche Entwicklung fortsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei der satzungsgemäße Auftrag, alle Organisationseinheiten der Landeshauptstadt mit den für ihre Anforderungen erforderlichen Flächen und Liegenschaften auszustatten. Schwerpunkte der Tätigkeit bilden dabei die Verbesserung der Qualität der Verwaltung der kommunalen Immobilien auf der Grundlage der vertraglichen Leistungsbeziehungen mit den internen und externen Nutzern und der weitere Abbau des Sanierungsstaus an den Gebäuden. Darüber hinaus soll das kommunale Immobilienportfolio optimiert und weiterentwickelt werden. Das in den vergangenen Jahren beschlossene Investitionsprogramm wird weiter fortgesetzt mit dem Ziel, insbesondere die Bildungsinfrastruktur in Potsdam nachhaltig zu verbessern. Neben den dringenden und unabwiesbaren Sanierungsarbeiten zur Verbesserung des Brandschutzes und der Energieeffizienz muss auf Grund der positiven demographischen Entwicklung der Landeshauptstadt auch dem wachsenden Bedarf an Kita- und Schulplätzen Rechnung getragen werden.

Für das Jahr 2012 sind direkte Investitionen i. H. v. 35,9 Mio. € (2011: 47,6 Mio. €) vorgesehen. Davon entfallen ca. 27,2 Mio. € (75,8 %) auf die Bildungsinfrastruktur, die im Rahmen der in der Mitteilungsvorlage zum Haushaltsbegleitenden Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas, Turnhallen 2014 ff, DS 11/SVV/0114 vom 10.02.2011, benannten Schwerpunkte nachhaltig verbessert werden soll. Insbesondere sollen bis 2014 die Maßnahmen der Prioritätsstufe 1 (sicherheitsrelevante Arbeiten und Aufrechterhaltung der Nutzungsfähigkeit) abgeschlossen sein. Weiterhin ist es auf Grund der wachsenden Einwohnerzahl Potsdams unabwiesbar erforderlich, Erweiterungsinvestitionen zu tätigen, um den ständig wachsenden Anforderungen aus der Schulentwicklungs- bzw. Kitabedarfsplanung gerecht zu werden.

Größte Einzelprojekte sind die Fortführung der Arbeiten zur Sanierung des Campus Kurfürstenstraße, die Stadtteilschule (Grundschule 20) in Drewitz, die Sanierung des Schulerweiterungsbaus in der Haeckelstraße sowie der Beginn des Baus einer weiterführenden Schule im Bornstedter Feld. Letztere soll bis zum Beginn des Schuljahres 2016/2017 errichtet werden, um dem steigenden Kapazitätsbedarf Rechnung zu tragen.

Weiter fortgeführt werden die Arbeiten an den Kulturobjekten Altes Rathaus und Wissensspeicher, die überwiegend durch Fördermittel finanziert werden. Für den Abschluss der Arbeiten an diesen Objekten im Jahr 2012 sind Investitionsmittel i. H. v. 7,3 Mio. € vorgesehen. Für die Sanierung von Verwaltungsgebäuden, Feuerwehren, Sport- und Jugendeinrichtungen sind insgesamt ca. 1,4 Mio. € vorgesehen.

Weiterhin ist geplant, drei Potsdamer Schulen brandschutztechnisch und energetisch zu ertüchtigen. Basierend auf dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23.06.2010, DS 10/SVV/0411, wird geprüft, ob dies in Form eines ÖPP-Projektes erfolgen kann oder die Realisierung in Eigenregie günstiger ist. Der Start des Projektes soll im Jahr 2012 erfolgen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann noch keine Aussage darüber getroffen werden kann, ob eine Realisierung in Form eines ÖPP-Projektes nachhaltig vorteilhafter ist als eine Eigenrealisierung durch den KIS. In jedem Fall bedarf

die Finanzierung einer kommunalrechtlichen Genehmigung. Im Falle einer ÖPP-Realisierung handelt es sich um ein kreditähnliches Geschäft nach § 74 Abs. 5 BbgKVerf, während im Falle einer Eigenrealisierung eine genehmigungspflichtige Kreditaufnahme nach § 74 BbgKVerf erforderlich ist. Das Projekt soll als sog. Inhabermodell mit Einwendungs- und Aufrechnungsverzicht durchgeführt werden. Um dem privaten Partner kommunalkreditähnliche Konditionen bei der Finanzierung zu ermöglichen, wird die Landeshauptstadt für den KIS gegenüber der finanzierenden Bank einen Einrede- und Aufrechnungsverzicht bezüglich der zukünftigen Mietforderungen des privaten Betreibers erklären. Damit verpflichtet sich der KIS gegenüber der Bank zur Rückzahlung der Investition, unabhängig von der Leistungserfüllung des privaten Partners. Die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Haushaltssatzung der LHP sind in beiden Fällen identisch, während die Abbildung im Wirtschaftsplan des KIS unterschiedlich ist. Für die aktuelle Fassung des Wirtschaftsplans wurde die Realisierung als ÖPP-Projekt im Ergebnis-, Finanz- und Investitionsplan dargestellt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt geht der KIS von einem kreditähnlichen Geschäft i. H. v. maximal 25 Mio. € aus.

Unter Berücksichtigung des kreditähnlichen Geschäftes erhöht sich die Gesamtinvestitionssumme im Jahr 2012 auf 60,9 Mio. €.

Die Finanzierung erfolgt durch:

17,2 Mio. €	Eigenmittel der LHP und durchgeleitete Fördermittel
16,7 Mio. €	Kreditmittel KIS
2,0 Mio. €	sonstige Eigenmittel und Fördermittel des KIS
25,0 Mio. €	kreditähnliche Geschäfte

Im Bereich der Gebäudebewirtschaftung erhöhen sich die Mieteinnahmen des Eigenbetriebes von 16,8 Mio. € in 2011 auf 18,2 Mio. € in 2012.

Die mit dem Wirtschaftsplan verbundenen Risiken sind eng mit dem z. T. kritischen Zustand einer Reihe von Gebäuden verbunden. Im Zuge der fortschreitenden Sanierung der Gebäude verringert sich das Risiko ungeplanter Mehrausgaben, allerdings ist davon auszugehen, dass sich erst schrittweise in den Folgejahren die Aufwendungen für ungeplante Reparaturen nachhaltig senken lassen.

Im Bereich der Bewirtschaftungskosten wird aktuell wieder von steigenden Preisen für Medien und Dienstleistungen ausgegangen. Jedoch erwartet der KIS, dass ein Teil des Preisanstiegs durch die im Zuge der Investitionstätigkeit verbesserte Energieeffizienz kompensiert werden kann. Aus diesem Grund wurden die Ansätze für die Betriebskostenvorauszahlungen moderat von 12,3 Mio. € in 2011 auf 12,8 Mio. € in 2012 erhöht. Ungeachtet dessen wird jedoch auf längere Sicht mit weiteren Preissteigerungen gerechnet. Aus diesem Grund werden die Anstrengungen des KIS zu einer Senkung der Medienverbräuche durch rentierliche Energieeinsparinvestitionen und verhaltensorientierte Energieeinsparprogramme unvermindert weiter fortgesetzt.

Stand und voraussichtliche Entwicklung der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität einschließlich des Standes und der bisherigen Entwicklung der Inanspruchnahme und Rückzahlung von Liquiditätskrediten/Kontokorrentverbindlichkeiten

Die Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebes liegt, einschließlich der Sonderposten aus Investitionszuschüssen, zum 01.01.2011 bei 71,9 %. Ohne Berücksichtigung der Sonderposten beträgt die Eigenkapitalquote 26,9 %. Damit liegt die Quote weiterhin auf einem vergleichsweise hohen und soliden Niveau. Auch unter Berücksichtigung aller

Risiken der zukünftigen Entwicklung kann davon ausgegangen werden, dass mittelfristig der Eigenbetrieb über eine ausreichende Eigenkapitalausstattung verfügt.

Die Liquidität des Eigenbetriebes konnte bisher zu jedem Zeitpunkt gesichert werden. Die bestehende Ermächtigung zur Aufnahme von Kassenkrediten bis max. 3,0 Mio. € brauchte bislang nicht in Anspruch genommen werden. Auf Grund der Asynchronizität zwischen Mittelbereitstellung und Mittelverbrauch und der weiterhin hohen Investitionstätigkeit wird unverändert eine Kassenkreditermächtigung bis max. 3,0 Mio. € für erforderlich gehalten. Die Beschlussfassung über den Höchstbetrag der Aufnahme von Kassenkrediten erfolgt in einer vom Wirtschaftsplan gesonderten Vorlage.

Die Kostenbelastung, die sich aus der Neuaufnahme der Kredite für die dringenden und unabweisbaren Baumaßnahmen zur Verbesserung der brandschutztechnischen und hygienischen Bedingungen in Potsdamer Schulen und Kitas ergibt, ist im Wirtschaftsplan des KIS und in der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt berücksichtigt und führt in den Folgejahren zu einer Erhöhung der Mieteinnahmen des Eigenbetriebes. Damit bleibt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des KIS auch langfristig gewahrt.

Die Rückzahlung (Zinsen und Tilgung) der bei Gründung des Eigenbetriebes übernommenen Altkreditverbindlichkeiten der Landeshauptstadt erfolgt planmäßig. Seit der Gründung des KIS im Jahre 2005 sanken die Altkreditverbindlichkeiten von 84,4 Mio. € auf 57,7 Mio. € zum Stichtag 01.10.2011. Im Gegenzug erhöhten sich durch die Investitionsmaßnahmen die Kreditverbindlichkeiten des KIS gegenüber den Banken und betragen zum Stichtag 01.10.2011 58,1 Mio. €.

Vorgesehene Behandlung des erwarteten Jahresergebnisses

Für das Wirtschaftsjahr 2012 erwartet der KIS einen Gewinn i. H. v. ca. 52.000 €. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis, zur Deckung der Zins- und Tilgungszahlungen für die übernommenen Altkredite und neu aufgenommenen Kredite sowie als Vorsorge für mögliche Risiken, die sich aus dem Instandhaltungsstau vieler Gebäude ergeben, soll der Gewinn im Eigenbetrieb verbleiben und vorrangig für zusätzliche Instandhaltungsmaßnahmen verwendet werden.

Erfolgsübersicht nach Sparten Wirtschaftsjahr 2012

	Eigenbetrieb insgesamt in €	Allgemeine Betriebs- abteilungen in €	Vermögensver- waltung LHP in €	Betriebe gewerblicher Art BgA in €
(1) Materialaufwand dav. Bezug von Fremden dav. Bezug von Sparten	15.503.960		14.482.623	1.021.337
(2) Löhne und Gehälter	6.164.923		6.054.550	110.373
(3) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.202.727		1.181.194	21.533
(4) Aufwendungen für Altersversorgung	196.672		193.151	3.521
(5) Abschreibungen inkl. Auflösung SoPo	4.410.869		4.025.698	385.172
(6) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.975.284	4.965.136	10.148	
(7) Steuern	0			
(8) Konzessions- un Wegenutzungsentgelte	0			
(9) Andere betriebliche Aufwendungen	764.672	764.672		
(10) Summe Aufwendungen vor Verrechnung	33.219.108	5.729.808	25.947.365	1.541.935
(11) Umlagen	0	-5.729.808	4.327.414	1.402.394
(12) Leistungsausgleich	0			
(13) Summe Aufwendungen	33.219.108	0	30.274.779	2.944.329
(14) Betriebserträge ohne SoPo	33.191.322		30.254.708	2.936.614
(15) Betriebserträge insgesamt	33.191.322	0	30.254.708	2.936.614
(16) Betriebsergebnis	-27.787		-20.072	-7.715
(17) Finanzerträge	80.000			
(18) Außerordentliches Ergebnis	0			
(19) Steuern vom Einkommen und Ertrag				
(20) Unternehmensergebnis	52.213			

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht ausgeglichen.

Erfolgsübersicht nach Sparten Wirtschaftsjahr 2013

	Eigenbetrieb insgesamt in €	Allgemeine Betriebs- abteilungen in €	Vermögensver- waltung LHP in €	Betriebe gewerblicher Art BgA in €
(1) Materialaufwand dav. Bezug von Fremden dav. Bezug von Sparten	17.121.979		16.011.125	1.110.854
(2) Löhne und Gehälter	6.190.246		6.062.091	128.155
(3) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.207.668		1.182.666	25.002
(4) Aufwendungen für Altersversorgung	197.480		193.392	4.088
(5) Abschreibungen inkl. Auflösung SoPo	4.515.440		4.071.179	444.261
(6) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5.796.243	5.386.451	409.792	
(7) Steuern	0			
(8) Konzessions- un Wegenutzungsentgelte	0			
(9) Andere betriebliche Aufwendungen	791.040	791.040		
(10) Summe Aufwendungen vor Verrechnung	35.820.096	6.177.491	27.930.245	1.712.360
(11) Umlagen	0	-6.177.491	4.622.268	1.555.223
(12) Leistungsausgleich	0			
(13) Summe Aufwendungen	35.820.096	0	32.552.513	3.267.583
(14) Betriebserträge ohne SoPo	35.855.448		32.579.228	3.276.220
(15) Betriebserträge insgesamt	35.855.448	0	32.579.228	3.276.220
(16) Betriebsergebnis	35.352		26.715	8.637
(17) Finanzerträge	40.000			
(18) Außerordentliches Ergebnis				
(19) Steuern vom Einkommen und Ertrag				
(20) Unternehmensergebnis	75.352			

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht ausgeglichen.

Erfolgsübersicht nach Sparten Wirtschaftsjahr 2014

	Eigenbetrieb insgesamt in €	Allgemeine Betriebs- abteilungen in €	Vermögensver- waltung LHP in €	Betriebe gewerblicher Art BgA in €
(1) Materialaufwand dav. Bezug von Fremden dav. Bezug von Sparten	16.411.871		15.322.733	1.089.138
(2) Löhne und Gehälter	6.212.790		6.082.713	130.077
(3) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.212.066		1.186.689	25.377
(4) Aufwendungen für Altersversorgung	198.199		194.050	4.150
(5) Abschreibungen inkl. Auflösung SoPo	4.763.622		4.303.278	460.344
(6) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.500.663	5.483.367	1.017.296	
(7) Steuern	0			
(8) Konzessions- un Wegenutzungsentgelte	0			
(9) Andere betriebliche Aufwendungen	791.040	791.040		
(10) Summe Aufwendungen vor Verrechnung	36.090.252	6.274.407	28.106.758	1.709.086
(11) Umlagen	0	-6.274.407	4.740.942	1.533.465
(12) Leistungsausgleich	0			
(13) Summe Aufwendungen	36.090.252	0	32.847.700	3.242.551
(14) Betriebserträge ohne SoPo	36.155.585		32.906.361	3.249.224
(15) Betriebserträge insgesamt	36.155.585	0	32.906.361	3.249.224
(16) Betriebsergebnis	65.333		58.661	6.673
(17) Finanzerträge	20.000			
(18) Außerordentliches Ergebnis einschl. der Veränderungen des				
(19) Steuern vom Einkommen und Ertrag				
(20) Unternehmensergebnis	85.333			

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht ausgeglichen.

Erfolgsübersicht nach Sparten Wirtschaftsjahr 2015

	Eigenbetrieb insgesamt in €	Allgemeine Betriebs- abteilungen in €	Vermögensver- waltung LHP in €	Betriebe gewerblicher Art BgA in €
(1) Materialaufwand dav. Bezug von Fremden dav. Bezug von Sparten	16.630.855		15.532.457	1.098.398
(2) Löhne und Gehälter	6.299.276		6.167.248	132.028
(3) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.228.939		1.203.181	25.758
(4) Aufwendungen für Altersversorgung	200.958		196.747	4.212
(5) Abschreibungen inkl. Auflösung SoPo	4.855.128		4.397.145	457.983
(6) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.602.609	5.606.244	996.365	
(7) Steuern	0			
(8) Konzessions- un Wegenutzungsentgelte	0			
(9) Andere betriebliche Aufwendungen	791.040	791.040		
(10) Summe Aufwendungen vor Verrechnung	36.608.806	6.397.284	28.493.142	1.718.379
(11) Umlagen	0	-6.397.284	4.857.703	1.539.582
(12) Leistungsausgleich	0			
(13) Summe Aufwendungen	36.608.806	0	33.350.845	3.257.961
(14) Betriebserträge	36.709.069		33.442.435	3.266.634
(15) Betriebserträge insgesamt	36.709.069	0	33.442.435	3.266.634
(16) Betriebsergebnis	100.263		91.590	8.673
(17) Finanzerträge	10.000			
(18) Außerordentliches Ergebnis				
(19) Steuern vom Einkommen und Ertrag				
(20) Unternehmensergebnis	110.263			

Rundungsdifferenzen von 1 € werden nicht ausgeglichen.

A	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Ausgaben
----------	--

Verpflichtungsermächtigungen des Jahres	Voraussichtlich fällige Ausgaben - in Euro			
	2012	2013	2014	2015
2012		7.600.000	3.100.000	
2013			3.000.000	2.000.000
2014				
2015				
Summe		7.600.000	6.100.000	2.000.000
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahme	16.712.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde auswirken
----------	---

Nr. Bezeichnung	2011	2012	2013	2014	2015
Einzahlungen					
1 Zuschüsse der Gemeinde, davon Kapitalzuschüsse davon zum Ausgleich liquiditätswirksamer Verluste Investitionszuschüsse Betriebskostenzuschüsse Verlustrücklagenzuschüsse	27.389.341	17.196.490	10.165.600	7.934.800	8.247.600
2 Darlehen der Gemeinde					
3 Sonstige Einzahlungen der Gemeinde	27.983.463	29.908.865	32.980.714	33.312.592	33.653.192
Auszahlungen					
1 Ablieferungen an die Gemeinde von Gewinnen von Konzessionsabgaben von Verwaltungskostenbeiträgen bei Eigenkapitalentnahmen	15.232	11.648	10.048	7.296	0
2 Tilgungen von Darlehen der Gemeinde	2.337.792	2.298.112	2.319.936	2.222.016	1.780.224
3 Sonstige Auszahlungen an die Gemeinde	2.480.960	2.276.480	2.111.552	2.013.696	1.944.640

Stellenübersicht 2012 Kommunaler Immobilien Service Stichtag: 01.01.2012

Datum 10.11.2011

Vergütungsgruppe	Stellen im Haushaltsjahr	Stellen im Vorjahr 2011		Anzahl	
	in Vollezeiteinheiten ausgewiesen	in Vollezeiteinheiten ausgewiesen	am 30.06. besetzt	KU	KW
2. Beschäftigte					
AT	1,00	1,00	1,00	0,00	0,00
<i>Höherer Dienst</i>					
E 15	1,00	1,00	1,00	0,00	0,00
E 14	3,00	3,00	2,00	0,00	0,00
E 13	2,00	3,00	2,00	0,00	0,00
<i>Gehobener Dienst</i>					
E 12	0,50	1,50	0,50	0,00	0,00
E 11	30,00	19,00	19,00	0,00	0,00
E 10	4,00	8,00	7,00	0,00	0,00
E 9	15,25	17,25	17,25	0,00	0,00
<i>Mittlerer Dienst</i>					
E 8	23,00	23,00	22,00	0,00	0,00
E 7	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E 6	27,50	29,40	29,40	0,00	0,00
E 5	42,40	39,90	35,90	0,00	0,00
E 4	6,75	6,75	6,75	0,00	0,00
E 3	6,75	6,75	6,75	0,00	0,00
E 2Ü	1,35	1,35	1,35	0,00	0,00
E 2	3,47	4,97	4,97	0,00	0,00
Summe	167,97	165,87	156,87	0,00	0,00

Stellenübersicht 2012 - Kommunaler Immobilien Service **Stichtag: 01.01.2012**

Zum Stichtag beim Eigenbetrieb verwendete Beamte

Datum: 08.11.2011

Besoldungsgruppe	Stellen im Haushaltsjahr	Stellen im Vorjahr 2011		Anzahl	
	in Vollzeiteneinheiten ausgewiesen	in Vollzeiteneinheiten ausgewiesen	am 30.06. besetzt	KU	KW
. Beamte					
<i>Gehobener Dienst</i>					
A 12	1,00	1,00	1,00	0,00	0,00
<i>mittlerer Dienst</i>					
A 7	1,00	1,00	1,00	0,00	0,00
Summe	2,00	2,00	2,00	0,00	0,00

Beamte, die im Eigenbetrieb verwendet sind, werden im Stellenplan der Landeshauptstadt Potsdam geführt und sind gemäß § 18 Abs. 1 EigV in der Stellenübersicht nachrichtlich anzugeben.

Wirtschaftsjahr 2012
Teil 3 - Besondere Abschnitte
(Beschäftigte, die von der Arbeitsleistung freigestellt sind)

Stelle	Stellenbezeichnung	Stelle in VZE	Stelle des Vorjahres	Dauer des Freistellungsblockes	
841 000 02	ADV-Koordinator	0,500	0,500	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	17.11.2012 bis 30.09.2015
844 100 05	techn. SB	0,500	0,500	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	01.11.2012 bis 30.04.2016
844 221 01	Schulhausmeister	0,500	0,500	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	01.03.2011 bis 30.04.2015
844 222 34	Schulhausmeister	0,500	0,500	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	16.11.2010 bis 31.08.2015
844 223 01	Schulhausmeister	0,500	0,500	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	16.10.2010 bis 31.07.2014
844 225 08	RK	0,375	0,375	Altersteilzeit - Blockmodell: Freistellung vom	01.12.2010 bis 30.09.2015

Objekt	Maßnahme	Summe	Gesamtausgabe				davon Zuschuss LHP				Eigenmittel/ Kreditmittel KIS/ Sonstige			
			2012 €	2013 €	2014 €	2015	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015
Verwaltungsgebäude														
Geschäftsausstattung (Möbel, etc.)		445.000	145.000	100.000	100.000	100.000	45.000				100.000	100.000	100.000	100.000
Stadthaus	Sanierung	6.299.200	573.100	2.373.700	1.454.800	1.897.600	573.100	2.373.700	1.454.800	1.897.600				
Zwischensumme Verwaltungsgebäude		6.744.200	718.100	2.473.700	1.554.800	1.997.600	618.100	2.373.700	1.454.800	1.897.600	100.000	100.000	100.000	100.000
Schulen														
Gymnasium 4 (Helmholtzgymnasium)	Sanierung Campus Kurfürstenstr.	12.180.000	9.870.000	2.310.000							9.870.000	2.310.000		
GS 7 (Regenbogenschule)	Sanierung Schulgebäude und Turnhalle	275.000	275.000				275.000							
FÖS 10/30 (Nuthetal)	Innensanierung, energ. Maßn.	800.000		800.000								800.000		
GS 12 (G. Hauptmann)	Brandschutz, Sportplatz	300.000	300.000								300.000			
GS 16 (Bruno Bürgel)	Schulergänzungsbau	1.420.000	700.000	720.000							700.000	720.000		
GS 19 (R.-Luxemburg)	Sanierung Schule, Turnhalle, Brandschutz	3.479.000	321.000	2.300.300	857.700		321.000	1.400.300	857.700			900.000		
GS 20 (Am Priesterweg)	Umbau zur Stadtteilschule Drewitz	4.373.300	2.663.300	510.000	1.200.000		963.300	510.000	1.200.000		1.700.000			
GES 32 (Haeckelstraße)	Sanierung, Schulerweiterungsbau	4.805.000	3.105.000	1.700.000			3.105.000	1.700.000						
GS 33 (Am Griebnitzsee)	Sanierung Schule	515.000	515.000				515.000							
Schule 37/38 (Lenne-Gesamtschule, Humboldttring)	Energetische Sanierung, Erweiterungsbau	1.480.000	1.300.000	180.000			650.000	100.000			650.000	80.000		
OS 39 (P. d. Coubertin)	Brandschutz, energ. Maßn.	355.000	355.000				355.000							
OS 51 (T. Fontane)	Brandschutz, energ. Maßn. an Schule und Turnhalle	400.000		400.000				400.000						
Sanierung "Campus Stern"	Sanierung Grundschule 36/45	1.504.100	1.000.000	504.100			1.000.000	504.100						
Gesamtschule im Potsdamer Norden	Neubau	17.500.000	1.000.000	1.500.000	5.000.000	10.000.000					1.000.000	1.500.000	5.000.000	10.000.000
GES Brandschutz/ Sicherheit	noch nicht zugeordnet	3.824.800	30.000	22.500	922.300	2.850.000	30.000	22.500	922.300	2.850.000				
Gefahrenprävention	noch nicht zugeordnet	250.000	250.000								250.000			
Zusätzliche Maßnahmen Schulen/ Abbau Sanierungsstau	noch nicht zugeordnet	1.000.000			500.000	500.000			500.000	500.000				
Dringende, kleinteilige Brandschutzmaßnahmen Schulen	diverse Schulen	300.000	300.000								300.000			
Zwischensumme Schulen		54.761.200	21.984.300	10.946.900	8.480.000	13.350.000	7.214.300	4.636.900	3.480.000	3.350.000	14.770.000	6.310.000	5.000.000	10.000.000
Sport														
Sportplatz Babelberger Park	Errichtung Sportflächen	250.000	250.000								250.000			
diverse Sportflächen	u.a. Kuhforder Damm	160.000	160.000				160.000							
Zwischensumme Sport		410.000	410.000				160.000				250.000			
Kultur														
Altes Rathaus	Innenausstattung	700.000	700.000				700.000							
Wissenspeicher Potsdam	Sanierung, Innenausbau	6.085.090	6.085.090				3.243.090				2.842.000			
Naturkundemuseum Breite Str. 11	Sanierung	1.000.000	545.000	455.000			545.000	455.000						
Zwischensumme Kultur		7.785.090	7.330.090	455.000			4.488.090	455.000			2.842.000			
Jugend														
Jugendclub OFF LINE		36.000	36.000				36.000							
diverse Kinder- und Jugendclubs		400.000		400.000				400.000						
Zwischensumme Jugend		436.000	36.000	400.000			36.000	400.000						

Objekt	Maßnahme	Summe	Gesamtausgabe				davon Zuschuss LHP				Eigenmittel/ Kreditmittel KIS/ Sonstige			
			2012 €	2013 €	2014 €	2015	2012 €	2013 €	2014 €	2015 €	2012 €	2013 €	2014 €	2015
Kita														
Kita Bisamkiez 101	Brandschutz und Hüllensanierung	1.050.000		500.000	550.000			500.000	550.000					
Kita Sonnenschein, Hans-M.-Ring 53	Brandschutz und Hüllensanierung	680.000	630.000		50.000		630.000		50.000					
Kita Regenbogenland, Hubertusdamm 50	Innen- und Hüllensanierung	1.030.000	630.000	400.000			630.000					400.000		
Kita Montessori, Günter-Simon-Str. 2-4	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	1.050.000		500.000	550.000			500.000	550.000					
Kita Märchenland, Paul-Wegener-Str. 2-4	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	800.000		200.000	600.000			200.000	600.000					
Kita Sternschnuppe, Max-Born-Str. 19/21	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	1.180.000	630.000		550.000		630.000		550.000					
Kita Kastanienhof, Wall am Kiez 5/6	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	230.000	230.000				230.000							
Kita Froschkönig, Wall am Kiez 3-4	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	1.080.000	480.000	250.000	350.000		480.000	250.000	350.000					
Kita Zauberwald, Liefeldsgrund 27/29	Hüllen-, Innensanierung, Brandschutz	730.000	630.000		100.000		630.000		100.000					
Kita Hasenlaube, Zeppelinstr. 121	Brandschutz	500.000		500.000				500.000						
Kita Spielhaus, Glasmeisterstr. 9	Brandschutz													
Kleinteilige Maßnahmen/ Kita	noch nicht zugeordnet	500.000		250.000	250.000			250.000	250.000					
Hort GS 7 (Regenbogenschule)	Neubau Hortgebäude	1.450.000	1.450.000				1.450.000							
Hort Spatzennest, Tristanstraße 58, Groß Glienicke	ergänzende Baumaßnahmen	100.000		100.000				100.000						
Zusätzliche Maßnahmen Kitas	noch nicht zugeordnet	3.600.000	500.000	100.000		3.000.000				3.000.000	500.000	100.000		
Zwischensumme Kita		13.980.000	5.180.000	2.800.000	3.000.000	3.000.000	4.680.000	2.300.000	3.000.000	3.000.000	500.000	500.000		
Feuerwehr														
diverse Feuerwehren	Sanierung und Umbau	800.000	200.000	200.000	200.000	200.000					200.000	200.000	200.000	200.000
Zwischensumme Feuerwehr		800.000	200.000	200.000	200.000	200.000					200.000	200.000	200.000	200.000
Gesamtsummen		84.916.490	35.858.490	17.275.600	13.234.800	18.547.600	17.196.490	10.165.600	7.934.800	8.247.600	18.662.000	7.110.000	5.300.000	10.300.000

**Investitionsplan
Investitionsstruktur**

Investitionsstruktur	Gesamt	2012	2013	2014	2015
Schulen	54.761.200	21.984.300	10.946.900	8.480.000	13.350.000
Kitas und Hort	13.980.000	5.180.000	2.800.000	3.000.000	3.000.000
Kultur	7.785.090	7.330.090	455.000		
Jugend	436.000	36.000	400.000		
Sport	410.000	410.000			
Verwaltungsgebäude	6.744.200	718.100	2.473.700	1.554.800	1.997.600
Feuerwehr	800.000	200.000	200.000	200.000	200.000
Gesamt	84.916.490	35.858.490	17.275.600	13.234.800	18.547.600

Finanzierungsstruktur	Gesamt	2012	2013	2014	2015
Zuschüsse der LHP	43.544.490	17.196.490	10.165.600	7.934.800	8.247.600
Kreditfinanzierung KIS	38.522.000	16.712.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000
sonst. Eigenmittel KIS (u.a. Grundstücksverkäufe)	2.150.000	1.250.000	300.000	300.000	300.000
Mittel Dritter	700.000	700.000			
Gesamt	84.916.490	35.858.490	17.275.600	13.234.800	18.547.600

Kreditstruktur	Gesamt	2012	2013	2014	2015
Sanierung Stadt- und Landesbibliothek	2.842.000	2.842.000			
Sanierung Campus Kurfürstenstraße (Grundschule 24 und Gymnasium 4)	12.180.000	9.870.000	2.310.000		
Gesamtschule im Potsdamer Norden (Rote Kaserne)	17.500.000	1.000.000	1.500.000	5.000.000	10.000.000
Zusätzliche Maßnahmen Schulen und Kitas	6.000.000	3.000.000	3.000.000		
Gesamt	38.522.000	16.712.000	6.810.000	5.000.000	10.000.000

Kreditähnliche Geschäfte	Gesamt	2012	2013	2014	2015
Brandschutztechnische und energetische Sanierung von drei Potsdamer Schulen	25.000.000	25.000.000			

	Gesamt	2012	2013	2014	2015
Gesamtinvestitionen	109.916.490	60.858.490	17.275.600	13.234.800	18.547.600
dav. Bildungsinfrastruktur	93.741.200	52.164.300	13.746.900	11.480.000	16.350.000
sonst. Investitionen	16.175.290	8.694.190	3.528.700	1.754.800	2.197.600

**Übersicht über in den Vorjahren genehmigte und davon
in Anspruch genommene Kredite für Investitionen**

Kreditermächtigung		Inanspruchnahme	
Wirtschaftsjahr	Höhe in Euro	Datum	Höhe in Euro
2010	15.500.000	25.01.2011	7.000.000
		24.05.2011	8.500.000
		Summe der aufgenommenen Kredite	15.500.000
		Summe der offenen Kreditermächtigungen aus 2010	0
2011	16.165.000	noch keine Inanspruchnahme	
		Summe der aufgenommenen Kredite	0
		Summe der offenen Kreditermächtigungen aus 2011	16.165.000

Gemäß § 74 Abs. 3 AbgKVerf gilt die Kreditermächtigung bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zum Erlass dieser Haushaltssatzung. Demzufolge behält die Kreditermächtigung aus dem Wirtschaftsplan 2011 bis mindestens 31.12.2012 ihre Gültigkeit.